



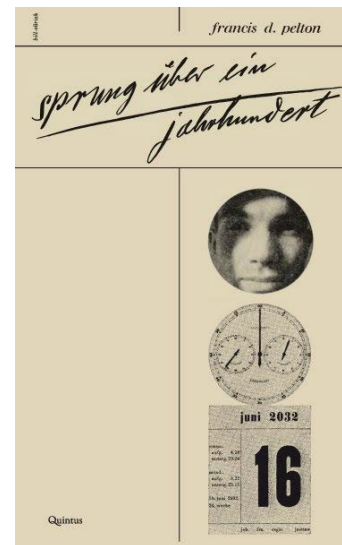
Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2019

Francis D. Pelton: Sprung über ein Jahrhundert.

Quintus Verlag, Berlin, 2017, 191 S., ISBN: 978-3-947215-01-0

Plötzlich ist Hans Bachmüller ins 2032 katapultiert. Seine Nachfahren erinnern sich an Erzählungen, dass er wohl der vor 100 Jahren rätselhaft verschwundene Vorfahr sein müsse. Das erregt Aufsehen, denn Bachmüller ist es gelungen, mit einer Zeitmaschine, mit der ein früherer (an H.G. Wells erinnernder) Zeitreisender unglücklich havariert war, nunmehr von 1932 nach 2032 zu reisen.

Weniger die Sensation, die er in der Zukunft verursacht, sondern die Eindrücke, die er selbst dort gewinnt, machen das Thema dieses Zukunftsromans aus. Der gehört in das Genre des utopischen Romans. Er erschien 1934 und war lange Zeit völlig in Vergessenheit geraten. Bei dem Autor war das scheinbar auch der Fall, denn niemand hat wohl je von einem Schriftsteller Francis D. Pelton gehört. Kein Wunder, denn der Name ist ein Pseudonym für einen Autor, der allerdings heute noch über einen gewissen Bekanntheitsgrad verfügt: Franz Oppenheimer.



Man erinnert sich seiner vor allem als den Lehrer von Ludwig Erhard, mit dem er das Anliegen teilte, die Marktwirtschaft sozial wirksam werden zu lassen. Nach der Machtergreifung der Nazis hielt sich Oppenheimer, der zuvor eine Professur in Frankfurt innehatte, in Palästina auf. Als Jude, Zionist, Inspirator der Kibbuzbewegung und sozialer Liberaler stand er bereits auf der schwarzen Liste. Um den Schrecken der Zeit entgegenzutreten, wollte er neue Wege beschreiten, um liberaleren Ideen wieder zum Erfolg zu verhelfen. Seine wissenschaftlichen Arbeiten wollte er durch einen Roman ergänzen und „Sprung über ein Jahrhundert“ ist das Produkt dieser Bemühung. Die Lage schien ihm die Verwendung eines Pseudonyms ratsam zu machen, weil sonst jede Verbreitung in Deutschland unmöglich gewesen wäre.

Protagonist Bachmüller erlebt hier 2032 eine Welt, in der Oppenheimers Ideale verwirklicht sind. Es gibt einen universellen Weltfrieden, der nicht nur dadurch gesichert ist, dass es eine Megawaffe gibt, die deren deutscher Erfinder allen Weltmächten gab, sodass die Abschreckung so vollständig ist, dass niemand mehr „rationale“ Gründe für Kriegstreiberei anführen kann (die Wirkung der Atombombe im Kalten Krieg gab Oppenheimer dabei später recht). Ein internationales Staatenbündnis sichert diese Tendenz ab.

Wichtiger ist jedoch die innere Wirtschaftsverfassung, die Oppenheimer/Pelton an vielen Beispielen im Bannkreis der zukünftigen Familie Bachmüller, bei der Bachmüller zufällig landet, erläutert. Oppenheimer ging es um die Lösung der sozialen Frage. Die wollte er nicht mit staatsautoritären Mitteln erreichen, denn für ihn war politische Herrschaft per se der Hauptgrund für Not. Nur freie Arbeit könne eine gerechte und wohlhabende Gesellschaft schaffen. Staat diene immer dem Privileg. Das zentrale Mittel der Herrschenden zur Bereicherung sei der

Landbesitz. Das Bodenmonopol schaffe Abhängigkeit und Armut. Der Staat sei historisch eingeführt worden, um das freie genossenschaftliche Leben durch Grundherrschaft zu zerstören.

Im Roman ist die freibürgerliche und genossenschaftliche Ordnung wieder hergestellt. Alle Menschen leben in Wohlstand und keiner übertrumpft den anderen. Die weltstaatliche Ordnung ist so rational, dass sie kaum noch eingreift und der freien Selbstorganisation der Bürger der ihren produktiven Lauf lässt.

Spätestens hier fehlt dann doch eine plausible Erklärung, warum die Regierenden sich so zurückhalten. Oppenheimer sah (etwa in seinem Buch „Der Staat“ von 1926) Krieg und Eroberung als einzige historische Ursache von Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen. Immanente und intrinsische Gründe für Staatswachstum gibt es irgendwie kaum. Der Roman stößt den Leser geradezu (unbeabsichtigt) auf diese Lücke in Oppenheimers Denken.

Trotzdem bleibt Oppenheimers Gedankengebäude einer der interessantesten Versuche, eine sozial gerechte Ordnung mit ausschließlich freiheitlichen Mitteln zu erreichen. Und Oppenheimers/Peltons Romandarstellung liest sich dabei überzeugender und auch flüssiger als die meisten anderen klassischen Utopien von Thomas More bis Edward Bellamy. Und wenn man sich die Frage stellt, ob man lieber in deren Staatsutopien oder in Oppenheimers Welt leben möchte, fällt die Antwort (zumindest als Liberaler) leicht.

Da kann man dann auch über die Schwächen des Buches hinwegsehen, die es mit den meisten anderen Utopien der Literaturgeschichte teilt. Auch hier werden Detailschilderungen, die zeigen sollen, wie denn die utopische Gesellschaft genau funktionieren kann, allzu ausufernd und ermüdend. Zudem scheint das Leben 2032 doch arg dem behäbigen Landleben von 1932 zu entsprechen. Die zwischenmenschlichen Beziehungen und Lebensarten (fand da zum Beispiel eine sexuelle Revolution statt?) wirken heute schon recht antiquiert. Hier hat sich die Realität schneller entwickelt als Oppenheimer es sich hat träumen lassen. Die Zukunftsmenschen kommen dem heutigen Leser putzig daher.

Dies erwähnt, kann man dennoch nicht umhin, die Wiederveröffentlichung dieses lange verschollenen Romans als verdienstreich zu betrachten. Sie eröffnet neuen Lesern einen interessanten Zugang zu Oppenheimers Werk und zeigt denen, die sich schon mit ihm befasst haben, eine bisher unbekannte literarische Dimension auf.

Prag

Detmar Doering



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2019

Jürgen Peter Schmied (Hrsg.): Kriegerische Tauben. Liberale und linksliberale Interventionisten vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart.

Göttingen: Bonn University Press, 2019 (= Internationale Beziehungen. Theorie und Geschichte, Band 15), 206 S., ISBN: 978-3-8741-0974-7

Der Rezensent muss einleitend bekennen, dass Titelbild und (Unter-)Titel ihn irritiert haben: Zu den „(Links-)Liberalen“, die hier in acht Fallstudien behandelt werden, gehört Joschka Fischer, der auf dem Umschlag mit der bekannten Szene auf dem Grünen-Parteitag von 1999 abgebildet ist, wo die Wut über seine Außenpolitik sich handgreiflich manifestierte. Auch bei etlichen der anderen Protagonisten ist der Bezug zum organisierten und programmatischen Liberalismus eher lose, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ersteres trifft auf die vier Vertreter der Democratic Party in den USA zu, letzteres neben Fischer auf Tony Blair, beide gehören mit den Liberalen konkurrierenden Parteien an. Eindeutig dem Liberalismus zuzuordnen sind eigentlich nur die beiden britischen Premiers Gladstone und Lloyd George.

Sie eint mit ihrem späteren Nachfolger und dem grünen Außenminister sowie den vier US-Präsidenten Jefferson, Wilson, Kennedy und Obama die politische Verortung als nicht konservativ, sondern irgendwie „mitte-links“. Ob man diese als liberal oder linksliberal bezeichnen kann, erscheint sicherlich diskutabel, selbst wenn man – wie der Herausgeber in seiner Einleitung herausstellt (vgl. S. 21 f.) – von innenpolitischen Positionen absieht und einer zunehmenden „Entkonturierung“ des Liberalismus-Begriffs ausgeht. Auch dann bleibt natürlich das Selbstverständnis der Akteure, das sich nicht zuletzt in der parteipolitischen Affilierung ausdrückt, ein wichtiges Moment.

Im Kern dreht es sich bei den Fallstudien, die zuerst 2015 auf einem Workshop präsentiert wurden, um ein auch im Liberalismus sehr vertrautes Phänomen:¹ das Auseinandertreffen von Ideal- und Realpolitik, in diesem Fall vom Wert der Friedenserhaltung und der Frage, ob Krieg nicht auch ein Mittel dazu sein kann. Allen acht Protagonisten ist gemeinsam, dass eine vorherige Prämisse vom obersten Gebot der Friedenserhaltung an einem bestimmten Punkt, manchmal auch mehrfach, zugunsten einer militärischen Intervention zurückgestellt wurde, so William Gladstone 1882 in Ägypten (Wolfgang Eger), so David Lloyd George 1914 beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges (Andreas Rose) und Woodrow Wilson 1917 beim Eintritt in denselben (Manfred Berg). Auch Joschka Fischer wandelte sich 1999 vom Verfechter des „Nie wieder Krieg – nie wieder Auschwitz“ zum Unterstützer militärischer Schläge gegen Serbien im Kosovo (Hans



¹ Vgl. dazu etwa den Themenschwerpunkt „Liberale zwischen Ideal- und Realpolitik“ im Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 28 (2016).

Kundnani). Tony Blair führte nicht nur im Kosovo, sondern vor allem auch im Irak Krieg (Viktoria Honeyman), und Thomas Jefferson war zwar jegliche Militär-Politik zuwider, zeigte sich aber sehr „robust“ im Umgang mit allen, die dem Aufstieg der USA in der westlichen Hemisphäre und darüber hinaus im Wege zu stehen schienen (Jasper M. Trautsch).

Etwas weniger genau lässt sich dieser Punkt bei John F. Kennedys Vietnam-Politik festmachen (Peter Busch): In den knapp drei Jahren seiner Präsidentschaft nahm zwar das amerikanische Engagement in diesem Land stetig zu; aber es muss offen bleiben, ob er es wie sein Nachfolger auf einen großen Krieg hätte ankommen lassen. Zum Rückzug entschlossen war er allerdings auch nicht (S. 138). Auch bei Barack Obama ist die Sache ein wenig anders gelagert, da er die großen militärischen Interventionen seines Vorgängers zurückfuhr, zugleich aber den „Kampf gegen den Terror“ auf andere Weise – mit einer Verzehnfachung des Drohnenkrieges – und auf rechtlich gesehen ebenso wackeliger Basis fortführte. Allerdings muss man anfügen, dass der Autor Thomas Freiburger seinen Schwerpunkt etwas vom Generalthema weg verlegt und vor allem den Nachweis führen will, dass die amerikanische Interventionspolitik die Welt gerade nicht sicherer gemacht, sondern das Gegenteil bewirkt habe, worunter jedoch vor allem die Gebiete im Nahen Osten zu leiden hätten. Die von ihm gebrachten Zahlen über Anschläge und Opfer lassen sich wohl nur schwer widerlegen.

Es fällt schwer, die vorgelegten Fallstudien, die ihr Thema methodisch recht unterschiedlich, hauptsächlich ideen- oder ereignisgeschichtlich, mitunter auch als Forschungsüberblick angehen, zusammenzufassen, was im Unbehagen des Rezensenten am Titel des Sammelbandes zum Ausdruck kommt: Auch der Begriff „Tauben“ als Gegensatz von „Falken“ mit der unvermeidlichen Konnotation von „pazifistisch“ scheint nicht ganz treffend. Einem ursprünglichen „Pazifismus“ zuzurechnen war eigentlich keiner der Protagonisten; allesamt waren sie jedoch skeptisch, was den Einsatz von Militär als außenpolitisches Instrument anging, und plädierten für eine wer-tegeleitete Außenpolitik. Insofern sind sie dann zumindest einem „außenpolitischen Liberalismus“ zuzuordnen, der von einigen Autoren als Bezeichnung für eine solche außenpolitische Haltung verwandt wird (vgl. S. 127 f., S. 161, 165, 182). Allerdings spielte bei vielen von ihnen auch die religiöse Prägung - vor allem im Sinne einer genuin protestantischen Ethik - eine kaum zu überschätzende Rolle. Ob das nun ein typisch angelsächsisches Phänomen ist, bleibt zu klären. Beim einzigen hier vorgestellten nicht-angelsächsischen „Interventionisten“ Joschka Fischer war es anders: Hier nahm die Erinnerung an Auschwitz eine ähnliche Rolle ein.

Was lässt sich nun daraus für die deutsche Liberalismus-Forschung direkt ableiten? Eher wenig, auch wenn Dieter Langewiesche in seinem Überblicksbeitrag zu „Liberalen und Krieg“ im 19. Jahrhundert zurecht darauf hinweist, dass auch deutsche Liberale dem Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung oder Absicherung ihrer Ziele nicht abgeneigt waren. Nur kamen sie im Gegensatz zu ihren Gesinnungsfreunden in Belgien, der Schweiz oder Italien nicht in die Lage, dies politisch umsetzen zu müssen. Bis 1918 waren sie von der Verfügungsgewalt über das Militär weitgehend ausgeschlossen, haben aber parlamentarisch bei verschiedenen Gelegenheiten den Militäreinsatz teilweise oder auch geschlossen – so im August 1914 – unterstützt. Die liberalen Außenminister des 20. Jahrhunderts sind in ihren langen Amtszeiten glücklicherweise fast nie vor die Frage gestellt worden, ob sie zum Äußersten greifen sollten: Einmal wurde dies von einem liberalen Außenminister mit großem kontroversen Widerhall verworfen, nämlich 2011; ein anderes Mal wurde dies möglicherweise durch den Regierungswechsel von schwarz-gelb zu rot-grün verhindert (vgl. S. 150).

Folglich wäre es sicherlich lohnenswert, diesen allesamt interessanten Fallstudien weitere hinzufügen, auch solche, wo von „liberalen“ Außenpolitikern die Frage „Krieg oder Frieden“ anders

beantwortet wurde als von den hier behandelten. Dann käme man dem Phänomen einer „liberalen“ Außenpolitik, auch in Bezug auf Deutschland, noch ein Stückchen näher.² Und man könnte vielleicht auch die Frage beantworten, ob der Liberalismus nicht nur in wirtschafts- und verfassungspolitischer Hinsicht, sondern auch außenpolitisch so überzeugend war, dass seine Grundpositionen auch von anderen, ursprünglich nicht-liberalen Akteuren übernommen worden sind. Aus Sicht des Referenten liegt der Wert des besprochenen Bandes vor allem in den Anregungen, die er für zukünftige Perspektiven der Liberalismus-Forschung gibt. Und diesen sollte man nicht gering einschätzen.

Bonn/Gummersbach

Jürgen Frölich



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

² Vgl. dazu auch einige Beiträge im Themenschwerpunkt „Liberalismus und Frieden“ im Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 21 (2019).

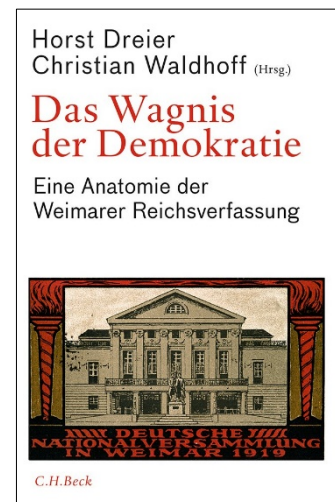


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2019

Horst Dreier / Christian Waldhoff (Hrsg.): Das Wagnis der Demokratie. Eine Anatomie der Weimarer Reichsverfassung.

München: C.H. Beck, 2018, 424 S., ISBN: 978-3-406-72676-7

An Literatur über die Weimarer Republik und die Reichsverfassung vom 11. August 1919 herrscht zu den 100-jährigen Jubiläen ihrer Gründung bzw. Verabschiedung kein Mangel. Nachdem „Weimar“ nach 1945 eher als Schreckbild und Gegenentwurf zur Bonner Republik aufgefasst worden war, schlägt nunmehr das Pendel zur positiven Seite aus. Der Band „Das Wagnis der Demokratie“ deutet bereits in seinem Titel an, dass auch hier diese rehabilitierende Richtung verfolgt wird. Es handelt sich um einen von den beiden Staatsrechtlern Horst Dreier (Würzburg) und Christian Waldhoff (Berlin) herausgegebenen Sammelband, der vor der Herausforderung steht, den eindringlichen Analysen von Historikern, Politikwissenschaftlern und Juristen nun weitere Mosaiksteine hinzuzufügen. Besonders der gewichtige Band von Christoph Gusy ist hier zu nennen, der 2019 seiner früheren Studie von 1997 und einigen einschlägigen Sammelbänden eine weitere Monographie hat folgen lassen.



Der zu besprechende Band versammelt zwölf Beiträge ausgewiesener Kenner der Materie und bietet zudem als Anhang von knapp sechzig Seiten eine Dokumentenauswahl, die der Verfassungsurkunde selbst sieben weitere wichtige Verfassungstexte zum Beginn und Ende der Weimarer Republik aus den Jahren 1918/19 und 1933 folgen lässt. Die Publikation enthält außerdem gut dreißig Abbildungen, zumeist zeitgenössische Fotos. Bereits im Vorwort wird der Zweck des Bandes erläutert, nämlich die oft verkannte Verfassung „in fairer Weise allgemeinverständlich zu würdigen und im zeitgenössischen Bewusstsein angemessen zu verankern“. Sie sei – so heißt es dort, die Ergebnisse vorwegnehmend – mit der Einführung des Frauenwahlrechts, den „wegweisenden“ Grundrechten, der sozialstaatlichen Programmatik und der „vorbildlichen Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Religion“ „modern und innovativ“ gewesen (S. 7). Das Konzept des Bandes ist nachvollziehbar: Jeder Beitrag beschäftigt sich mit einschlägigen Verfassungsartikeln. Die in der Einleitung angekündigte Zuordnung jeweils eines Hauptakteurs und eines Erinnerungsortes sind allerdings in mehreren Aufsätzen nicht klar zu erkennen.

Der Beitrag von Oliver Haardt und Christopher Clark dient dabei als eine Art einleitender Überblick zur Verfassungsgeschichte Weimars. Beim Gründungsakt der Republik am 9. November 1918 habe es sich um eine Art „Sturzgeburt“ gehandelt. Die zweifache Ausrufung sei „ein verfassungsgeschichtliches Kuriosum von höchster Bedeutung“ (S. 11). Nachfolgend wird herausgearbeitet, dass Verfassungsordnung und Krisenhaftigkeit „als zwei verschiedene Phänomene [zu] begreifen“ (S. 13) seien. Der Neuanfang sei als Trauma aufgefasst worden und die politischen und wirtschaftlichen Krisen sowie die politische Kultur der 1920er Jahre hätten schließlich zu

einer Degeneration der Verfassung geführt. So sei die Verfassung „keine Fehlkonstruktion“ gewesen, sondern selbst „Ergebnis der Krise“ bei ihrer Entstehung (S. 41). Sie sei „weniger Ursache [...] als Leidtragende“ der Entwicklung geworden (S. 42). Die Autoren wenden sich – wie unisono alle Beitragenden – gegen eine teleologische Deutung der Weimarer Republik von ihrem Ende her bzw. auf ihr Ende hin.

Bemerkenswert sind in dieser Hinsicht auch die Ausführungen des Wiener Verfassungsrechtlers Ewald Wiederin, der die Reichsverfassung in ihren internationalen Kontext anderer Konstitutionen einordnet. Zur Entstehung in Weimar stellt er fest, dass „die Abgelegenheit des Orts, die soziale Kasernierung der Abgeordneten und die Ferne von ihren sonstigen Geschäften“ zu Beratungen mit „seminaristischem“ Charakter (S. 47) geführt habe. Richtungsweisend sei die Verfassung einerseits durch den korrelierenden Charakter von Grundrechten und Grundpflichten, andererseits durch die Integration der Sozialverfassung in die Grundrechte. So sei Weimar nicht nur „eines der originellsten Stücke, die je eine Verfassungswerkstatt verlassen haben“, sondern sie überrage geradezu „alle anderen Verfassungen des 20. Jahrhunderts“ (S. 63).

Solchem herausragenden Lob in mancher Hinsicht entgegengesetzt, beurteilte die Mehrzahl der deutschen Intellektuellen das Weimarer Verfassungswerk eher kritisch und distanziert, wie der Münchener Historiker Friedrich Wilhelm Graf herausarbeitet. Seine Zusammenstellung von Stimmen aus Wissenschaft und Literatur reicht von Thomas und Heinrich Mann, Carl von Ossietzky bis zu Ernst Cassirer, Max Weber und Hermann Heller. Die eher kursorische Auswertung von fast sechzig Reden zum Verfassungstag am 11. August, der sich gegenüber dem Reichsgründungstag am 18. Januar nicht durchzusetzen vermochte, zeigt das am Ende doch vergebliche Ringen um Anerkennung für die Republik. Bei den eher wenigen Anhängern der Verfassung, wie dem Heidelberger Staatsrechtler Gerhard Anschütz oder dem Marburger Theologen Martin Rade, mündete es in teils verzweifelten Appellen zur Verteidigung von Verfassung und Republik.

Der Politikwissenschaftler Markus Llanque zeigt in seinem Beitrag, wie wenig die Weimarer Republik sich der gravierenden Bedeutung von Symbolpolitik bewusst gewesen sei. Der Verzicht auf bzw. der Streit um Symbole – wie er dies am Beispiel von Reichsadler und Reichsflagge nachweist – öffnete ein Tor für Republikgegner und Verfassungsfeinde. Die ehemalige Bundesverfassungsrichterin Gertrude Lübke-Wolff befasst sich in ihrem Beitrag mit dem Demokratiekonzept der Verfassung und geht auf die plebiszitären Elemente sowie die Konstruktion des Reichspräsidentenamts ein. Sie kritisiert, dass das Konzept zwar gut gemeint gewesen, allerdings von Vorbehalten gegen den „realen demos“ und gegen das Parlament geprägt gewesen sei. Erst die Verfassungsrealität habe dann aber zu den bekannten Auswirkungen dieser Konstruktionsfehler und zum Scheitern der Republik 1933 geführt.

Den innovativen Elementen der Weimarer Verfassung wenden sich die anschließenden drei Beiträge zu: Pascale Cancik widmet sich dem Kampf um Gleichberechtigung, Horst Dreier der „Grundrechtsrepublik“ und Michael Stolleis der sozialen Programmatik der Verfassung. Die Staatsrechtlerin Cancik betont die „Schwierigkeiten der Verfassungsbewirkung in feindlicher Umgebung“ (S. 172), die sich gerade bei der Gleichberechtigung der Geschlechter gezeigt habe. So sei diese gebremst, verzögert und bis 1933 nicht durchgesetzt worden. Dreier räumt mit einigen Klischees und Irrtümern über die Grundrechte in der Reichsverfassung auf. Sie seien entgegen weit verbreiteter Ansichten (besonders unter Historikern) ähnlich wie später im Grundgesetz unmittelbar anwendbares Recht gewesen und hätten den Gesetzgeber direkt gebunden. Trotz allem hätten sie nicht die gleiche Bedeutung wie nach 1945 erlangt. Dies lag an der fehlenden Möglichkeit der Verfassungsbeschwerde und an der wenig ausgebauten Verfassungsgerichtsbarkeit. Hinzuzufügen wäre, dass auch die nicht immer verfassungskonform urteilende Justiz ihren Anteil daran hatte, dass der zweite Hauptteil der Verfassung, der als „Symbol des Aufbruchs in eine neue, sozial gerechtere [...] Gesellschaft“ (S. 193) dienen sollte, nicht immer so wirkte, wie es sich die Verfassungsväter gewünscht hätten. Der Rechtshistoriker Stolleis betont

in seinem Beitrag, dass die sozialpolitische Programmatik wesentlich von dem „charismatischen Sozial- und Nationalliberalen Friedrich Naumann inspiriert“ (S. 217) gewesen sei. Einige in der Verfassung enthaltene Programmsätze zur Sozialpolitik seien nach 1919 umgesetzt worden, wie z. B. die Gesetze über Betriebsräte, Jugendwohlfahrt, Reichsknappschaft, Arbeitslosenversicherung und Arbeitsgerichtsbarkeit. Insofern habe das Bonner Grundgesetz mit seinem „Leitgedanken der Menschenwürde und des Sozialstaats“ (S. 217) an die Weimarer Regelungen und Maßnahmen anknüpfen können.

Die kritischen Punkte der Reichsverfassung stehen bei den Aufsätzen von Peter Graf Kielmannsegg, Monika Wienfort und Dieter Grimm im Blickpunkt. Der Politikwissenschaftler Kielmannsegg sieht einen mittelbaren Zusammenhang zwischen dem Reichspräsidentenamt und dem Scheitern Weimars. Neben der fehlenden Verantwortung der Parteien und der „Verblendung und Verzweiflung“ der Wähler habe die Unterstützung der „konservativen Systemopposition“ (S. 236) durch den Reichspräsidenten den Nationalsozialisten den Weg geebnet. Der Spielraum der Verfassung für den Reichspräsidenten war groß – und für einen dezidierten Verfassungsfeind wie den ehemaligen Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg offensichtlich zu groß. Wie die Berliner Historikerin Monika Wienfort feststellt, zählten die Adelsentscheidungen, so der Übergang der Adelstitel in das Namensrecht und das Zurückdrängen der Fideikomnisse, nicht zu den entscheidenden Passagen der Verfassung (Art. 109). Gleichwohl zeigen sie, dass es trotz der revolutionären Vorgänge 1918/19 eben nicht zu einem Austausch der Eliten kam, weil von der Weimarer Koalition dies auch nicht beabsichtigt war. Vielmehr hätten liberal-demokratische Kompromisse die Politik gegenüber dem Adel dominiert. Der Verfassungsrechtler Dieter Grimm betont in seinem Beitrag, dass der Regierungs- und Kanzlerwechsel 1930 von Hermann Müller zu Heinrich Brüning zwar „der Anfang vom Ende“, dieser aber dennoch nicht „zwangsläufig“ gewesen sei (S. 264). Die Verfassung funktionierte von da an „nicht mehr im regulären, sondern im exzeptionellen Modus“ (S. 279). Ob eine andere Verfassung die Weimarer Demokratie gerettet hätte, müsse allerdings offenbleiben. Zumindest kann man feststellen, dass sich verfassungsfeindliche Kräfte wie die Nationalsozialisten nicht durch eine geschriebene Verfassung aufhalten ließen. Sie setzten die Weimarer Reichsverfassung zwar nie förmlich außer Kraft, aber sie zerstörten sie durch materielles Handeln und durch das scheinbar formal legale Ermächtigungsgesetz vom März 1933.

Den Abschluss des Bandes bildet der Beitrag des Mitherausgebers Christian Waldhoff über das Nachleben der Reichsverfassung von 1919. Er untersucht ihren Einfluss auf die Beratungen im Parlamentarischen Rat, auf die Judikatur des Bundesverfassungsgerichts sowie in Verfassungsrechtslehre und Geschichtspolitik. Dabei stellt er heraus, dass die Wahrnehmung der Weimarer Reichsverfassung stets von aktuellen verfassungsrechtlichen Situationen abhängig war. Der „Weimar-Komplex“ (S. Ullrich) prägte die gesamte Bundesrepublik. Weimar diente zum Teil als Vorbild, so schon 1949, dann aber auch als Negativfolie – manchmal auch beides zeitgleich. Erinnert sei hier nur (selbst wenn Waldhoff dies nicht erwähnt) zum Beispiel an die Debatten um Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene. Das Nachwirken der Weimarer Verfassung war in Politik, Judikatur und Geschichtsschreibung gleichermaßen spürbar.

Der Band von Dreier und Waldhoff fügt sich thematisch in die Vielfalt der Weimar-Literatur ein und ergänzt das Bild der Reichsverfassung um kenntnisreiche und kluge Einsichten. Vor allem aber macht er deutlich, dass das Gelingen einer Demokratie nur zum Teil von ihrem rechtlichen Rahmen abhängt. Verfassungen können nur Bedingungen schaffen, während die politische Realität von den Politikern und ihrem Handeln gestaltet wird. So sah es schließlich auch Theodor Heuss im Jahr 1948, den Waldhoff abschließend zitiert: „Die Rechtsordnung von Weimar war nicht schlecht. [...] [Aber] die Demokratie der Weimarer Verfassung [...] konnte nicht recht in Gang kommen, weil die Demokratie in Deutschland nicht erobert worden ist“ (S.314).

Gummersbach

Ewald Grothe



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

Seite 3 von 3



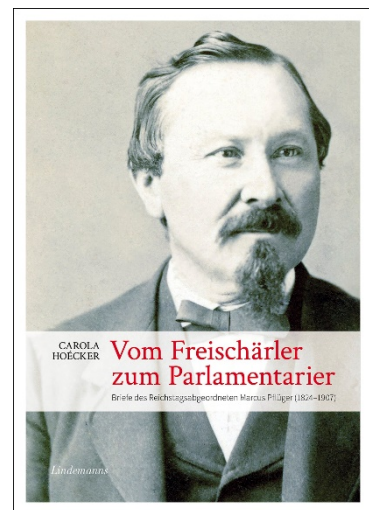
Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2019

Carola Hoécker: Vom Freischärler zum Parlamentarier. Briefe des Reichstagsabgeordneten Marcus Pflüger (1824-1907).

Karlsruhe/Bretten: Info Verlag GmbH, 2019 (= Lindemanns Bibliothek, Band 347), 89, LXXVIII S., Ill., ISBN: 978-3-96308-064-7

„Die Freischärlereien waren gut, ja notwendig zu Demonstrationen und um uns eine kompakte Parthei (...), um Deutschland zu bilden, jetzt aber muss man sie zu dem alten Kram in die Rumpelkammer werfen, wie ein anderes verrostetes, unbrauchbares Werkzeug“ (S. 36).

Mit diesen Worten beschrieb Marcus Pflüger (1824-1907) während seines Exils 1848 in der Schweiz seinen weiteren politischen Lebensweg und bekannte sich zu Parlamentarismus und Reformen. Der Lörracher Hirschen-Wirt Pflüger hatte im September 1848 am Struve-Putsch teilgenommen und war nach dessen Scheitern in die Schweiz ausgewichen. Schon bald kehrte er zurück, musste aber 1849, nachdem auch die badische Mairevolution gescheitert war, erneut ins Schweizer Exil. Da er an der Mairevolution jedoch nicht aktiv teilgenommen hatte, konnte er bald nach Lörrach zurückkehren.



Die politische Wirksamkeit Pflügers begann in den ausgehenden 1850er Jahren: zunächst als Gemeinderat in Lörrach initiierte er die Gründung der Wiesental-Eisenbahngesellschaft wie auch der Kreishypothekenbank Lörrach, der ersten ihrer Art in Baden, deren Ziel es war, „mittellose Existenzgründer, Gewerbetreibende und Landwirte mit Krediten zu unterstützen“ (S. 53). Auch war Pflüger Kommandant der freiwilligen Feuerwehr Lörrach, genauso wie er sich um den Ausbau des Straßennetzes und die Gründung einer Pflegeanstalt für psychisch erkrankte Menschen kümmerte. Über das lokale Engagement hinaus hat Pflüger in den 1870er Jahren bis 1902 mit Unterbrechungen dem Badischen Landtag und dem Deutschen Reichstag angehört. Als Mitglied der Budgetkommission des Reichstages und von 1897 bis 1900 als 2. Vizepräsident des Badischen Landtages hat er für die Nationalliberalen und später für eine Reihe linksliberaler Parteien zu den parlamentarischen Spitzen gehört.

In der vorliegenden Publikation gibt Carola Hoécker zunächst einen Überblick über das Wirken Pflügers, wobei sie dieses geschickt einwebt in eine Sozialgeschichte Lörrachs in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Bspw. stellt die Autorin dem Leser die Stammgäste im „Hirschen“ vor, zu denen u. a. der Basler Kulturhistoriker Jacob Burckhardt, der Lörracher Arzt und Journalist Eduard Kaiser wie auch der zeitweilige Lörracher Amtsvorstand Friedrich v. Preen gehörten. Alle Persönlichkeiten vertraten durchaus unterschiedliche politische Standpunkte, waren aber gleichwohl miteinander befreundet und hielten über Jahre Kontakt. Genauso wird der Leser mit der Geschichte der Wiesental-Eisenbahngesellschaft als ein grenzüberschreitendes Projekt vertraut gemacht oder auf die Rolle der Frau im 19. Jahrhundert hingewiesen – Pflüger setzte sich

als Abgeordneter für die Weiterbildung von Frauen ein, jedoch konnte er sein Doppelmandat in Karlsruhe und Berlin letztlich nur dank des Engagements seiner Frau wahrnehmen, die sich zuhause um den „Hirschen“ (dieser war zeitweise auch verpachtet) sowie um Landwirtschaft und Weinbau kümmerte. Schließlich wird auch die Familiengeschichte Pflügers umfassend gewürdigt: So erfährt der Leser vom tragischen Tod des ältesten Sohnes, der während seiner Internatszeit in Lausanne an den Folgen ein Turnunfalles verstarb, wie auch die Geschichte des „Hirschen“ in den Fokus rückt. Der klassizistische Bau fiel 1964 dem Abriss zum Opfer und musste einem gesichtslosen Betonbau weichen.

Der zweite Teil des Bandes umfasst eine Edition von Briefen Pflügers an seine Gattin mit Schwerpunkt in den Jahren 1874 und 1881. Die Briefe wurden von der Bearbeiterin bereits 2007 im Archiv des Dreiländermuseums Lörrach in einer Datenbank erfasst. Sie konnte diesen Fundus noch weiter ergänzen mit Hilfe von Unterlagen aus dem Familiennachlass Pflüger in Freiburg, wo bis 1977 ein Enkel des Lörracher Abgeordneten gelebt hat.

In den Briefen an seine Gattin lernt der Leser Pflüger als einen einfühlsamen und liebevollen Ehegatten kennen. Genauso wird aber deutlich, wie Pflüger durch möglichst genaue Anweisungen auch aus der Ferne versucht, seinen landwirtschaftlichen Betrieb, der mit dem „Hirschen“ verbunden war, zu leiten. Außerdem enthalten die Briefe eine Vielzahl von Informationen zu Freunden und Bekannten der Familie Pflüger, es geht vor allem auch um die Ausbildung der beiden Söhne Emil und Hermann. Darüber hinaus schildert Pflüger seiner Frau jedoch detailliert seine Eindrücke im Reichstag, aber auch von Empfängen und außerparlamentarischen Sitzungen mit Fraktionskollegen. Letztere bestellten übrigens auch gerne Weine bei Pflüger.

In den Briefen dominiert außerdem die Auseinandersetzung mit Bismarck, den Pflüger anfangs verehrte. Doch schon 1874 wich die Verehrung einer kritischen Haltung. Am Beginn der 1880er Jahre, nach der konservativen Wende Bismarcks und der Verabschiedung der Schutzzölle mit der Unterstützung von Konservativen und Zentrum, griff Pflüger Bismarck scharf an. Pflüger brach nun mit den Nationalliberalen und wurde Mitglied der Liberalen Vereinigung bzw. später der Deutschen Freisinnigen Partei bzw. der Freisinnigen Volkspartei. In seinen Briefen beschreibt Pflüger auch immer wieder, wie er sich außerhalb des Reichstages um eine Vereinigung der liberalen Kräfte bemühte. Dies geschah im Rahmen abendlicher Zusammenkünfte, jedoch wurden auch bereits auf den gemeinsamen Bahnfahrten nach Berlin politische Absprachen getroffen. Gerade durch die Schilderung dieser informellen Treffen leisten die Briefe Pflügers einen anschaulichen Beitrag zur Kulturgeschichte des Parlamentarismus des Kaiserreichs. Der Band schließt mit der Edition von Briefen Pflügers u.a. an August Lamey, seinen Vorgänger im Lörracher Landtagsmandat, sowie einiger Wahlkampfreden Pflügers der Jahre nach 1881.

Die Autorin wird ihrem selbstgestellten Anspruch, den Lebensalltag jener, die im 19. Jahrhundert die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Kaiserreichs im freiheitlichen Sinne vorantrieben, darstellen zu wollen, vollauf gerecht.

Singen am Hohentwiel

Michael Kitzing



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2019

Uwe Israel / Josef Matzerath: Geschichte der sächsischen Landtage.

Ostfildern: Jan Thorbecke Verlag, 2019 (= Studien und Schriften zur Geschichte der sächsischen Landtage, Band 5, zugleich auch erschienen als Sonderausgabe der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung), 346 S., Ill., ISBN: 978-3-7995-8465-4

Bei der letzten Zusammenkunft der kursächsischen Landstände 1831 ermittelte der damalige Landtagsmarschall Günther Graf v. Büнау das Jahr 1438 als Datum für das erste Zusammentreten der kursächsischen Landstände. Auch die moderne Forschung ist der Einschätzung Graf v. Bünaus gefolgt und spricht vom Jahr 1438 als Entstehungsjahr der sächsischen Landtage des Mittelalters. Folglich jährte sich 2013 der Zusammentritt der sächsischen Landstände zum 575. Mal, was für den heutigen Landtag Anlass war, umfangreiche Forschungen zur Landtagsgeschichte an der TU Dresden in Auftrag zu geben. In diesem Zusammenhang entstanden an der TU Dresden unter Anleitung von Josef Matzerath und Uwe Israel mehrere Qualifikationsschriften zu einzelnen Epochen bzw. Aspekten der sächsischen Landtagsgeschichte. Der vorliegende Band beinhaltet nun die Summe der Forschungen an der TU Dresden zum sächsischen Parlamentarismus vom Mittelalter bis nahezu zur Gegenwart.



Für eine Rezension im Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung interessiert selbstverständlich zu allererst der Blick auf den modernen Parlamentarismus, der seinen Ausgang von der sächsischen Verfassung des Jahres 1831 genommen hat, die entsprechenden Passagen wurden im vorliegenden Band von Josef Matzerath verfasst. Bei seiner Darstellung geht es Matzerath weniger darum, in Form einer Chronik die Ereignisgeschichte der sächsischen Landtage aufzuzählen, vielmehr fragt er danach, welche Konzepte des Parlamentarismus waren für eine Epoche wie das 19. Jahrhundert, die Weimarer Republik, den Parlamentarismus der Jahre 1946-1952 in der SBZ und schließlich für den parlamentarischen Neubeginn ab 1990 prägend? Welches Selbstverständnis pflegten die Parlamentarier und wie fand dieses Selbstverständnis in der Verfassung, in der Geschäftsordnung des Landtages, aber auch in den parlamentarischen Routinen und in symbolischen Handlungen der Abgeordneten seinen Ausdruck? Wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen Parlament und Öffentlichkeit? Im Zusammenhang mit diesen Fragen diskutiert Matzerath, inwieweit der Landtag der einen Epoche sich in der Kontinuität des jeweiligen Vorgängerparlaments sah oder inwieweit ein Neubeginn demonstriert werden sollte.

Besonders anschaulich lässt sich die Herangehensweise Matzeraths für den sächsischen Parlamentarismus der Weimarer Zeit aufzeigen (S. 265-278). Im November 1918 bildeten sich überall im Land Arbeiter- und Soldatenräte, die A- und S-Räte in Dresden, Leipzig und Chemnitz installierten auch in Sachsen einen Rat der Volksbeauftragten aus drei Sozialdemokraten und aus

drei USPD-Vertretern. Der Rat der Volksbeauftragten erklärte die sächsischen Kammern für aufgelöst und zwar in der Weise, dass ein völlig neues Parlament an die Stelle des Zwei-Kammer-Parlaments der konstitutionellen Monarchie treten sollte. Dieses wurde nunmehr auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts (und nicht mehr des plutokratischen Mehrstimmenwahlrechts) gewählt, wobei auch Frauen wahlberechtigt waren – womit Elemente der Diskontinuität im Vergleich zum Landtag des Kaiserreichs zum Ausdruck kamen. Allerdings veränderten die weiblichen Abgeordneten damals die Arbeit des Landtags kaum nachhaltig. Auch hatten immerhin 36 von 96 Abgeordneten des neuen Landtages bereits der Zweiten sächsischen Kammer im Kaiserreich angehört.

Die Eröffnungsrede des Volksbeauftragten Ernst Gradnauer beinhaltete, wie Matzerath aufzeigen kann, Elemente der Kontinuität wie der Diskontinuität zu den sächsischen Landtagen des 19. Jahrhunderts: Auch damals hatte die Thronrede des Königs und deren Konkretisierung durch den Ministerpräsidenten das Programm des Landtags umrissen. Dies tat nun auch Gradnauer, jedoch markierte das Programm Gradnauers einen Bruch insoweit, als dieser nunmehr Sozialismus und Demokratie als die zentralen Ziele der neuen Landtagspolitik definierte. In der Tradition der monarchischen Eröffnungsrede stand jedoch der Aufruf zu einer überparteilichen Zusammenarbeit, auch enthielten die Ausführungen Gradnauers ein Kooperationsangebot an die bürgerlichen Abgeordneten in der Mitte.

Kontinuitäten sieht Matzerath in der Weiterbenutzung des Ständehauses aus dem Jahr 1907, in dem keineswegs alle monarchischen Symbole (bspw. Kronen in der Täfelung) entfernt wurden. Gerade darin, dass eine demokratisch gewählte Versammlung in einem von der Monarchie erstellten Gebäude tagte, sieht Matzerath einen Triumph der Demokratie. Die Veränderungen werden auch in der unterschiedlichen Nutzung der Räume des Ständehauses deutlich. Erstmals gab es Fraktionssäle: Im 19. Jahrhundert hatte das konservative Ideal des Parlamentariers vorgeherrscht, der nur seinem Gewissen und dem Land als Ganzes verpflichtet war, während Parteien bzw. Fraktionen als Vertreter einer bestimmten Interessengruppe negativ konnotiert waren. Erst in der Weimarer Zeit wurden Fraktionen endgültig als etwas Legitimes angesehen und erhielten nun auch eigene Beratungsräume.

Die Repräsentation des Landtages in der Weimarer Zeit war schlicht. Vor allem sieht Matzerath im Weimarer Landtag einen Rückzugsort, an dem fernab der heftigen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit Kompromisse möglich waren. So bestand die Leistung des Weimarer Landtages gerade darin, dass bis 1930 lagerübergreifende Koalitionen stets möglich waren – ein Aspekt, der von der älteren Forschung allzu häufig übersehen wurde.

Gleichwohl wird anhand der Landtagspolitik, gerade auch im symbolischen Bereich, deutlich, wie fragmentiert die Weimarer Gesellschaft war: So kleideten sich die Abgeordneten bspw. unterschiedlich. Vertreter des Bürgertums trugen einen Gesellschaftsrock, die Kommunisten erschienen provozierend in Kletterwesten, die Nationalsozialisten in Parteiuniformen. Auch die Frage der Feiertage polarisierte, so bspw. das Bestreben der Arbeiterparteien den 1. Mai und den 9. November (Sturz der Monarchie 1918) als offizielle Feiertage durchzusetzen. Zuletzt gehörten die Vertreter der Parteien auch ganz unterschiedlichen politischen Generationen an, kompromissbereite Vertreter des Bürgertums waren in der wohlhabenden Gesellschaft des Kaiserreichs sozialisiert, wogegen NSDAP und KPD-Abgeordnete „der so genannten Frontgeneration (den Jahrgängen 1880-1899) und der üblicherweise als >überflüssig< bezeichneten Generation (den Jahrgängen 1900-1910) an(gehörten)“ (S. 272). Gerade das Denken dieser Jahrgänge war durch Feindbilder gekennzeichnet und nicht kompromissbereit.

Über den Blick auf einzelne Perioden der sächsischen Landtagsgeschichte hinaus streuen die Autoren immer wieder Exkurse in ihre Darstellung ein. Auch in diesen geht um die Kulturgeschichte des Landtages und damit verbunden Fragen der Repräsentation und des symbolhaften

Handelns. In diesem Sinne stellt Matzerath u. a. die verschiedenen sächsischen Landtagsbauten bzw. Verhandlungsorte aus den Jahren 1775, 1907 und 1993 vor (S. 306-312), oder er nimmt den Leser mit an die so genannten Landtagstafeln (S. 234-241). Hierbei handelt es sich um Festbankette, bei denen Mitglieder des Königshauses und Minister gemeinsam mit den Abgeordneten dinierten. Exemplarisch vorgestellt wird ein Mahl vom 14. November 1895. Matzerath beleuchtet hierbei die genaue Speisenfolge einschließlich der Getränke, er fragt, in welchem Zusammenhang Toastworte durch die beiden Kammerpräsidenten ausgesprochen wurden, wie umfangreich diese sein durften und inwieweit sie aussagekräftig waren. Abschließend schildert Matzerath das gesellige Beisammensein zwischen Vertretern des Königshauses und Abgeordneten bei Kaffee und Cognac nach dem Mahl – ein Beisammensein, dem sich selbst Vertreter der Sozialdemokratie nicht vollständig entzogen.

Die Darstellung Matzeraths ist zwar für eine Publikation der Landeszentrale für politische Bildung vielleicht etwas anspruchsvoll. Aus Sicht des Wissenschaftlers ist sie jedoch ein großer Gewinn. Hier werden eine Vielzahl zentraler Fragen einer Kulturgeschichte des Parlamentarismus im Wandel der Jahrhunderte am Beispiel der sächsischen Landtagsgeschichte diskutiert. Es bleibt zu wünschen, dass die Studie von Matzerath und Israel Vorbildwirkung für weitere Arbeiten zur Geschichte von Landesparlamenten (vor allem für das 20. Jahrhundert) hat.

Singen am Hohentwiel

Michael Kitzing



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

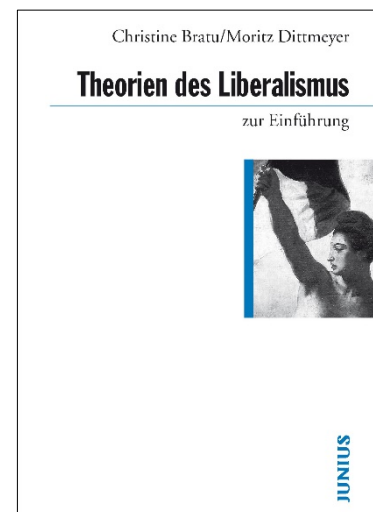


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2019

Christine Bratu / Moritz Dittmeyer: Theorien des Liberalismus zur Einführung.

Hamburg: Junius Verlag, 2017, 196 S., ISBN: 978-3-88506-797-9

Für eine Leserin, die sich seit vielen Jahren intellektuell und politisch beim Liberalismus zu Hause fühlt, viele historische und zeitgenössische Denker*innen des Liberalismus studiert und sich selbst schon an Beiträge zum liberalen Denken und politischen Handeln gewagt hat, mag eine Einführung in die Theorien des Liberalismus, noch dazu als handlicher, schmaler Band zunächst nicht als besonders lesenswert und erkenntnisversprechend erscheinen. Auch die beiden Autor*innen werfen die Frage auf, warum man noch eine Einführung in den Liberalismus schreiben und lesen sollte, wo er doch dem politischen Mainstream entspricht (vgl. S. 9), obwohl er nur „eine sehr durchwachsene Erfolgsbilanz vorzuweisen“ (S. 10) hat. Und doch beginnen die jungen Philosoph*innen Christine Bratu und Moritz Dittmeyer mit dem Bekenntnis, dass es sich ihres Erachtens beim Liberalismus um eine plausible Theorie für unser wechselseitiges Miteinander handelt (vgl. S. 12) und wir gerade deshalb, weil er zum „politischen Paradigma“ geworden ist (S. 9), nicht aufhören sollten, uns kritisch mit seinen Ideen auseinanderzusetzen (vgl. S. 11).



Sie stellen ihr Verständnis des Liberalismus im Rahmen der politischen Philosophie als eine Theorie der staatlichen Legitimität voran. Sie arbeiten prägnant die normative Grundannahme des Liberalismus heraus: Dass das Recht auf Freiheit der ausschlaggebende Prüfstein für die Legitimität eines Staates ist, dass der Staat in seinen Handlungen bzw. durch seine Institutionen das Recht auf Freiheit seiner Bürger*innen respektieren muss, damit er als legitim angesehen werden kann (vgl. S. 13–14). Und damit stecken sie die Grenzen des Feldes ab, auf dem sie sich mit ihrer Einführung zum Liberalismus bewegen werden. – Sie nähern sich ihm aus der Perspektive der politischen Philosophie und diskutieren ihn bewusst nicht als normative Theorie wirtschaftlicher Praxis (vgl. S. 16). – Wobei sich, das sei vorweggenommen, dass von ihnen entwickelte Analyseraster auch dafür durchaus eignen dürfte, auch wenn es den Rahmen dieses Bandes der Reihe „zur Einführung“ des Verlages Junius sprengen würde.

Bei ihrer Analyse des Liberalismus stellen Bratu und Dittmeyer nicht einzelne Autor*innen und ihre Texte vor, sondern sie werden als Beispiele angeführt und erörtert, wo sie sich im Rahmen des analytischen Rasters von Bratu und Dittmeyer verorten lassen. Ziel ist nicht ein Einführungswerk in liberale Denker*innen, sondern eine Handreichung zur Kategorisierung und Systematisierung der vielfältigen liberalen Ansätze in der politischen Philosophie. Ausgehend von der normativen Grundannahme des Liberalismus – dem Recht auf Freiheit – deklinieren sie verschiedene liberale Freiheitsbegriffe sowie das daraus folgende liberale Staatsverständnis, verschiedene Formen und Kennzeichen des Liberalismus durch, bevor sie sich wesentlichen Kritikpunkten am Liberalismus, den „dunklen Seiten“ (S. 12), zuwenden und abschließend einen Blick auf

eine „unbewältigte Herausforderung“ (S. 21), die Überführung in transnationale Fragen am Beispiel des Rechts aller Personen auf globale Bewegungsfreiheit, werfen.

Dies klingt nach einem umfassenden Programm, das auf knapp 180 kleinen Seiten kaum befriedigend abgearbeitet werden kann und voraussetzungsreich im Hinblick auf das Vorwissen der Leser*innen ist. Und dennoch arbeiten Bratu und Dittmeyer dieses Programm stringent, konsistent und verständlich ab, definieren überzeugend, aufeinander aufbauend verschiedene Spielarten von negativer und positiver Freiheit, zitieren jeweils die großen Vordenker*innen, deklinieren davon abgeleitet das Recht auf Freiheit und die damit einhergehenden Staatsverständnisse durch, scheiden den Rechte- vom Rechtfertigungsliberalismus sowie den politischen vom perfektionistischen Liberalismus und buchstabieren, so gerüstet, Toleranz, Neutralität und Privatheit als Wesensmerkmale des Liberalismus aus. Dabei begnügen sie sich aber nicht mit der Rolle von wertneutralen Enzyklopädist*innen, sondern beziehen, sorgsam begründet, selbst Position und werden so dem programmatischen Ansatz der Reihe „zur Einführung“ – „von Leuten geschrieben, die nicht nur einen souveränen Überblick geben, sondern ihren eigenen Standpunkt markieren“ – gerecht. Besonders bestechend und erhellend ist nach Auffassung der Rezensentin die Argumentation, dass Toleranz für einen liberalen Staat bzw. eine liberale Bürgerschaft konstitutiv ist; Toleranz das ist, worin Liberalismus (u. a.) besteht (vgl. S. 105); kurz, dass liberal sein heißt, tolerant zu sein.

Auch bei der Darstellung der Kritik am Liberalismus wählen die Autor*innen einen systematisierenden Ansatz, wobei sie sich an vier Problemstellungen orientieren – stellt der Liberalismus die richtigen Fragen, geht er zur Beantwortung dieser Fragen von sinnvollen anthropologischen Annahmen aus, hat er das richtige Verständnis von Rechtfertigung und damit von Freiheit und ist die Antwort, die der Liberalismus auf die Frage politischer Legitimität gibt, plausibel oder ist das Recht auf Freiheit als normative Grundannahme falsch? – und anhand dieser Kategorien Kritiken und Kritiker*innen zitieren. Dazu gehören die Einwände der feministischen Philosophie und der Critical Race Studies, kommunitaristische und links-schmittianische Einwände sowie liberale und liberal-perfektionistische Einwände. Auch hier geben sich Bratu und Dittmeyer als kritische Liberale im besten Sinne zu erkennen, da sie die Einwände nicht dogmatisch abtun, sondern in ihrer Berechtigung herausarbeiten, überlegen, wie – und mit welchem der zuvor dargestellten Begriffs- und Staatsverständnisse – der Liberalismus darauf antworten könnte und wo er Weiterentwicklungsbedarf hat, damit eine überzeugende Antwort gelingen kann.

Dem Weiterentwicklungsbedarf oder besser -potenzial des Liberalismus als einer Theorie, die sich auf Einzelstaaten bezieht, wenden sie sich auch abschließend mit dem Blick auf die Frage der offenen Grenzen zu und diskutieren, „wie sich die skizzierten liberalen Ideen auf den internationalen Raum übertragen lassen“ (S. 163). Dabei zeigen sie, „dass der Liberalismus selbst ein Recht auf globale Bewegungsfreiheit impliziert“ (S. 170) und prüfen, welchen Geltungsanspruch die Einwände haben, dass dies nur im Rahmen der idealen Theoriebildung der Fall sei, aber bei Fragen der Migration den realen politischen Verhältnissen Rechnung getragen werden müsse, und dass das Recht auf globale Bewegungsfreiheit durch das Recht auf kollektive Selbstbestimmung einzuschränken sei. Ihr Ergebnis, dass die Kritiker*innen, die diese Einwände vortragen, den Rahmen verlassen, der durch die liberale Grundannahme gesteckt wurde, und hinter der Einsicht des Liberalismus zurückfallen, dass staatliches Handeln, um legitim zu sein, das Recht auf Freiheit ernst nehmen muss (vgl. S. 180), führt die Leser*innen in eine vehement und zum Teil auch von vermeintlich liberaler Seite mit unredlichen Mitteln geführten, hochaktuellen Debatte und wappnet sie dafür, klar und auf einem soliden liberalen Fundament zu argumentieren.

Dresden

Jana Licht



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit





Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2019

Kevin M. Dear: Leistungsgerechtigkeit im Politischen Liberalismus. Eine philosophische Untersuchung.

Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2018, 228 S., ISBN: 978-3-95832-150-2

Mit dem Titel seiner Dissertationsschrift zielt der junge Philosoph Kevin M. Dear von der Universität Paderborn ins Herz des politischen Liberalismus. – Das Leistungsprinzip ist programmatisches Paradigma und Legitimationsgrundsatz für liberale Politik. Doch warum ist das Prinzip „Wer mehr geleistet hat, soll auch mehr bekommen“ eigentlich gerecht? – Oder vielmehr: Ist es überhaupt gerecht? Wer hat was verdient? Was hat Gerechtigkeit mit Leistung zu tun? Und was überhaupt ist „Leistung“ in diesem Sinne? Dear reflektiert in seiner Studie den Leistungsgedanken als Kriterium der Verteilungsgerechtigkeit, fragt nach der Rolle und dem systematischen Ort des Leistungsprinzips in Theorien distributiver Gerechtigkeit. Einen großen Schwerpunkt legt er dabei auf die Arbeiten von John Rawls sowie die Kritik an ihm, bedient sich aber auch psychologischer, bildungstheoretischer und wirtschaftsphilosophischer Erkenntnisse und wendet sich aktuellen Gerechtigkeitsdebatten am Beispiel der Quotierung und der Frage nach einem gerechten Lohn zu.



Der Autor macht keinen Hehl daraus, dass er selbst zu den Liberalen zu zählen ist und sich auch aus diesem Blickwinkel mit der Thematik der Leistungsgerechtigkeit befasst und nicht nur als philosophische Denkübung. Diese Parteinahme tut seinen Argumentationen aber keinen Abbruch, da er sich ausführlich der Kritik am Leistungsprinzip zuwendet. Er macht deutlich, dass es sich bei seinen Untersuchungen um „eine kritische Auseinandersetzung mit den Einwänden gegen das Leistungsprinzip“ handelt – eine „Kritik der Kritiker des Leistungsprinzips“ (S. 8). Damit verortet sich Dear selbst als Verteidiger des Leistungsprinzips, der dem Begriff der Leistung und des damit eng verbundenen Verdienstes gerecht werden will, weil er im Kriterium der Leistung ein „freiheitsethisches Menschenbild“ erkennt (S. 12). Wer Menschen Leistung zuschreibt, schreibt ihnen Freiheit, Autonomie und Verantwortungsfähigkeit zu – Fähigkeit zur Selbstbestimmung, was, wie Dear herausarbeitet, in Theorien der Verteilungsgerechtigkeit selten explizit gemacht wird (vgl. ebd.).

Trotz der interessanten Fragestellung und der im politischen Alltag oft vergeblich zu suchenden Auseinandersetzung mit dem normativ bedeutungsvollen, aber heftig kritisier-

ten Leistungsprinzip fällt es zunächst schwer, bei der Arbeit in einen Lesefluss zu kommen, dem roten Faden zu folgen. – Auch, wenn man berücksichtigt, dass es sich um eine philosophische Doktorarbeit handelt, die keinen Spannungsbogen wie ein Kriminalroman aufweisen muss. Passagenweise macht es Mühe, aus den mäandernden Betrachtungen substanzielle Erkenntnisse für den gesellschaftlichen Diskurs zu gewinnen und sich argumentativ zu wappnen. – Dies gilt auch für die Abschnitte, in denen sich Dear beispielsweise dem „heißen“ politischen Thema einer (Frauen-)Quote, bei der er im Grunde erst in den letzten Zeilen auf den Punkt kommt, oder dem Mindestlohn zuwendet. Dies mag auch daran liegen, dass es der Untersuchung trotz der Relevanz der Fragestellung an einer oder mehreren zentralen Thesen mangelt, die, deutlich herausgearbeitet und der Überprüfung geöffnet, für mehr Stringenz sorgen würden. Mit der Einleitung, in der sich der Autor auch selbst klar positioniert, nimmt er letztlich das Ergebnis seiner Überlegungen vorweg.

Allerdings lohnt es sich dennoch, Dear in seinen umfangreichen, aus verschiedenen Perspektiven erfolgenden Betrachtungen zu folgen. Denn nach und nach erschließt sich, dass die Arbeit eben bewusst so angelegt ist – als eine Studie im eigentlichen Sinne des Wortes, die sich den Begriffen der Leistungen und des Verdienstes annimmt, um sie nach gründlicher Betrachtung in den Theorien distributiver Gerechtigkeit zu verorten. Erst in der Gesamtschau zeigt sich das überzeugende Plädoyer für einen aufgeklärten Leistungsbegriff, untersetzt durch ein aktives und dynamisches Verständnis von Begabung und Talent, der als marktkritisches Korrektiv verstanden werden kann und so vulgärkapitalistischen Versuchen der Dienstbarmachung einerseits und ebenso ideologisch motivierten Kritiken mit dem Ziel der „Abschaffung“ als Kriterium für Verteilungsgerechtigkeit andererseits widersteht.

Dresden

Jana Licht



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2019

Jan-Werner Müller: Furcht und Freiheit. Für einen anderen Liberalismus.

Berlin: Suhrkamp, 2019, 171 S., ISBN: 978-3-518-07513-5

Der Titel „Furcht und Freiheit“ irritiert, hält sich der Liberale doch für mutig, progressiv, der Zukunft zugewandt. *German Mut* braucht das Land, nicht *German Angst*. Und doch plädiert Jan-Werner Müller in seinem pointiert geschriebenen Essay unter dieser Überschrift für einen anderen Liberalismus. Der Klappentext fasst zusammen: „Die Antwort auf Furcht ist nicht Mut, sondern gesicherte Freiheit; die Antwort darauf, dass Menschen ausgeschlossen sind, ist nicht Inklusion durch Fortschritt, sondern Inklusion durch Inklusion.“ Müller fragt sich, warum der Liberalismus in Verruf geraten ist – als „Elitenattitüde“, als „exklusive Kultur urbaner Globalisierungsgewinner“. Er begibt sich auf die Spur der bei uns leider noch zu wenig bekannten Politologin Judith N. Shklar und konzipiert, wohltuend direkt und ohne „überkuratierte Begriffsbildung“ (so Müller über Andreas Reckwitz, S. 14), dennoch aber präzise und auf sicherem theoretischen Fundament stehend, auf Grundlage ihrer Schlüsseltexte „Liberalismus der Furcht“ und „Liberalismus der Rechte“ einen Liberalismus, der beides zusammendenkt, sich nicht an der Unterscheidung von negativer und positiver Freiheit abarbeitet, einen Liberalismus der Rechte, „die Gleichbehandlung und damit Freiheit von Furcht sichert“ (S. 116).



Ausgehend von der Diagnose, dass der Liberalismus von unten und von oben weltweit unter Druck steht (vgl. S. 9) und ihm vorgeworfen wird, dass er zwar Toleranz verspreche, aber intolerant gegenüber allen Lebensformen sei, die sich den liberalen Leitvorstellungen nicht unterwerfen (vgl. S. 11), skizziert Jan-Werner Müller eine Ideengeschichte der Gegenwart. Diese wartet aber nicht vorrangig mit den Namen liberaler Säulenheiliger auf, sondern fragt sich, ob sich der Liberalismus zu Tode gesiegt hat, reißt das spannungsgeladene Verhältnis von Liberalen zur Demokratie an und führt kurz und prägnant in Judith N. Shklars Ansätze ein. Ein besonderes Augenmerk legt er dabei auf den Neoliberalismus, dem er attestiert, dass es ihm im präzisen Sinn nicht um Freiheit, sondern um Disziplin geht (vgl. S. 35) – der Mensch nicht nur als souveräner Konsument, sondern auch als „unternehmerisches Selbst“, das sein eigenes Humankapital lebenslang optimiert (vgl. ebd.), auch im Sinne eines moralischen Anspruches im Ideal des disziplinierten und verantwortungsvollen Verhaltens (vgl. S. 36). Der Neoliberalismus hat dabei nach Auffassung von Müller eine entpolitisierende Wirkung, da genuin politische Fragen in ökonomische aufgelöst würden. Während der Neoliberalismus seine Alternativlosigkeit durch Erfolg unter Beweis stellt, formt sich seit 2008 eine sich zunehmend verschärfende Liberalismuskritik, vor allem die populistisch vorgetragene Kritik an den moralisierenden „liberalen Eliten“.

Doch Müller tut dies nicht einfach als populistische Heuchelei ab, sondern fragt sich, welche Fehler die Liberalen gemacht haben, was ihr Beitrag zum gegenwärtigen „Zeitalter des Populis-

mus“ ist. Dabei entzaubert er auch unter Liberalen vertretene Mythen zur Erklärung des postfaktischen Populismus, z. B. den der Repräsentationslücke und dass die vermeintlich „einfachen Leute“ ständig hilflos der „kulturellen Arroganz“ urbaner Eliten ausgeliefert sind (vgl. S. 58). Und dann zieht er „Shklars Karte“ und zeigt, „dass Liberalismus der Furcht und Liberalismus der Rechte am Ende doch wieder zusammengedacht werden müssen“ (S. 93), um der vorgetragenen Kritik wirkungsvoll begegnen zu können. „Einen effektiven Schutz vor dem berechtigten Gefühl des Ausgeliefertseins garantieren nur einklagbare Rechte“ (ebd.). Liberalismus bedeutet, „den Mächtigen Grenzen setzen, ob es sich dabei nun um ein Individuum handelt oder überwältigende Mehrheiten“ (S. 100–101). Damit erteilt er nicht nur jenen eine Absage, die die Verletzlichen in unserer Gesellschaft als „penetrante Minderheiten“ oder „berufsbeleidigte Störenfriede“ (S. 95) abwerten, sondern auch den Fortschrittserzählungen, mit denen ebenjene gefährdeten Gruppen getröstet werden, sowie den Leistungsträger-Ideologien, die dazu verleiten, auf sie herab-, statt mit Blick auf die Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit nach vorne zu schauen (vgl. S. 101). Müller ist eindeutig: „Die Antwort auf die Defizite des Liberalismus ist die Demokratie“ (S. 102).

Der Autor lässt es aber nicht bei einem abstrakten Appell bewenden, sondern möchte Orientierungspunkte, wenn auch keine schnellen Lösungen für gegenwärtige politische Auseinandersetzungen geben (vgl. S. 103). Und dieses Kapitel ist auch das lesenswerteste für die politischen Praktiker*innen des demokratischen Spektrums, insbesondere aber auch für die der deutschen Liberalen, die nicht nur den zugegebenermaßen griffigen Claim *German Mut* verteidigen, sondern häufig auch den Populisten und Feinden des Liberalismus auf den Leim gehen. Müller warnt, sauber begründet, im Umgang mit den Rechtspopulisten vor falscher Ausgrenzung, aber auch falschem Verständnis – mit Populisten reden heißt nicht, wie Populisten reden (vgl. ebd.). Er lässt sich nicht von Identitätspolitik provozieren, sondern fokussiert auf die strukturellen Gründe für Diskriminierung. Müller macht deutlich, dass der liberale Weg nicht immer der der Mitte ist, weil man sich so von der Positionierung der anderen abhängig macht, anstatt sich am eigenen politischen Programm zu orientieren. Er widerspricht der zu Beginn seines Essays aufgegriffenen liberalen Traditionslinie einer Trennung von Liberalismus und Demokratie, macht deutlich, dass es sich bei Orbáns und Erdoğan's „illiberalen Demokratien“ um autoritäre Schimären handelt, und zeigt, dass es kein Abwägen von Freiheit und Sicherheit zugunsten einer vermeintlichen Balance geben kann. „Der Liberalismus ist ein Komplettpaket, das sich nicht in seine Bestandteile auflösen lässt“ (S. 142).

Dresden

Jana Licht



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2019

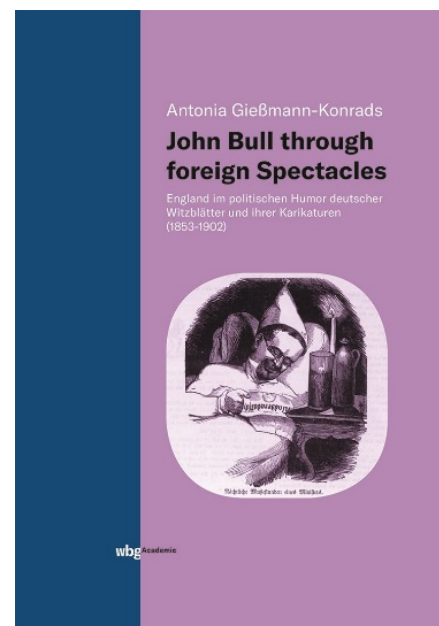
Antonia Gießmann-Konrads: John Bull through foreign Spectacles. England im Humor deutscher Witzblätter und ihrer Karikaturen (1853-1902).

Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2019, 273 S., 82 Abbildungsseiten, ISBN: 978-3-534-40213-7

Antonia Gießmann-Konrads zeigt mit ihrer in Essen eingereichten Dissertationsschrift zur Darstellung Englands in deutschen Karikaturen mustergültig, wie eine transnational informierte Untersuchung historischer Humorpraktiken aussehen kann. Ausgehend von deutschen Witzblättern des 19. Jahrhunderts, insbesondere dem *Kladderadatsch*, beschreibt sie nicht nur deren englandbezogene Bildmotive, sondern analysiert eingehend deren Entstehungskontexte in beiden betroffenen Ländern. Auf diese Weise deckt sie ein dichtes Geflecht an verbalen und visuellen Bezügen auf, in denen die Karikaturen jeweils standen und deren Kenntnis ihre Einordnung erst ermöglicht. So zählen neben den visuellen Darstellungen auch zahlreiche weitere Materialien, wie Parlamentsdebatten, Zeitungsartikel oder private Briefe, zu den ausgewerteten Quellengattungen.

Zugleich verschafft Gießmann-Konrads ihrer Studie ein klares methodisches und begriffliches Gerüst, indem sie linguistische Humorthorien für die historische Erforschung der Humorproduktion erschließt. Dies mündet in eine methodisch präzisierte, ansonsten aber jargonfreie Sprache mit stets gut nachvollziehbarer Argumentation. Insbesondere adaptiert die Autorin den Begriff des „Skripts“, der es ihr erlaubt, unterschiedliche Darstellungs- und Wahrnehmungsebenen bei der Bildwirkung systematisch zu differenzieren. Die Entstehung von Humor lässt sich mit dieser Terminologie aus bewussten Inkompatibilitäten unterschiedlicher semantischer Bezugsfelder der einzelnen Darstellungen erklären. Während beispielsweise eine herkömmliche Karikaturenanalyse nicht darüber hinauskommen mag, die Darstellung Queen Victorias als angetrunkener Marktfrau (1899 im *Simplicissimus*) „besonders gehässig“ zu finden, kann Gießmann-Konrads die Wirkung des Bildes präziser aus der Opposition der Skripte der mit hohem Status versehenen Königin und der mit niedrigem Status belegten Marktfrau erfassen (S. 208). Mit ihrem theoretischen Rüstzeug deckt die Autorin an zahlreichen Beispielen Strategien der Bildproduktion und -rezeption, wie Normbrüche, Valorisierung oder „Angstlust“, auf.

Die Studie erhebt keinerlei Anspruch darauf, einen Beitrag zur Geschichte des Liberalismus zu leisten; sie widmet sich vielmehr den Entstehungsbedingungen von Humor im Spannungsfeld von Politik, öffentlicher Meinung, gesellschaftlichen Normen sowie visuellen Darstellungs- und Wahrnehmungsmustern. Dennoch lässt sich die Arbeit auch mit Gewinn lesen, wenn man speziell an der Wahrnehmung britischer liberaler Politik in Deutschland interessiert ist. Die Autorin setzt innerhalb des Untersuchungszeitraums 1853 bis 1902 drei markante Schwerpunkte: die



Phasen des Krimkriegs (1853-1856), der britischen Eroberung des Sudan (1882-1885) und des Burenkriegs (1899-1902). Anders als der Titel suggeriert, geht es also nicht generell um deutsche England-Bilder, sondern konkreter um deutsche humoristische Kommentare zu zentralen Phasen der britisch-imperialen Außenpolitik im 19. Jahrhundert. Von „liberalem“ Interesse ist dabei insbesondere die zweite Phase, stellte die britische Politik in Ägypten und dem Sudan doch einen hochproblematischen Probestfall für die Nichtinterventions- und Friedensrhetorik dar, die den liberalen Premierminister Gladstone bei den Wahlen 1880 ins Amt gebracht hatte. Nur widerwillig intervenierte der Premier bei einem Aufstand arabischer Stämme im Sudan, um die britischen Interessen zu wahren. Die Entsendung des eigenwilligen Generals Gordon endete mit einem Fiasko für die Regierung; nach einem Jahr öffentlicher Debatten in Großbritannien über die Entsendung eines Entsatzheeres fiel Gordon kurz vor dessen Eintreffen bei der Verteidigung Khartums gegen die Aufständischen. Diese quälend lange Phase innenpolitischer Auseinandersetzungen gab der britischen und der deutschen Presse zahlreiche Anlässe, die Regierungspolitik als Beispiel für die Schwäche liberaler Außenpolitik zu kritisieren und zu karikieren.

Gießmann-Konrads zeigt, dass die deutschen Witzblätter weitgehend einem bereits in England verbreiteten „Skript“ folgten, wenn sie die Schwäche des liberalen Premiers satirisch kommentierten. Eine Karikatur des *Punch* vom Februar 1884 zeigte Gladstone beim Zurückhalten des englischen Löwen, während John Bull sich fragt, warum der Regierungschef das Tier nicht von der Leine lässt. Dieses Motiv variierte im Juni 1884 der *Kladderadatsch*, der Gladstone als Löwen im Käfig zeigte, der von Besuchern aus den Großmächten Frankreich, Russland und Deutschland geneckt werden kann. In beiden Ländern wurde Gladstone zudem als alter Mann dargestellt, dessen körperliche Hinfälligkeit die fehlende Energie seiner Politik symbolisieren sollte. Dies stand in markantem Kontrast zur Selbstinszenierung des betagten Politikers, der sich bis ins hohe Alter hinein beim Fällen von Bäumen fotografieren ließ, um seine anhaltende Virilität zu betonen. Wie Gießmann-Konrads aber darlegt, entfaltete das Motiv des schwachen liberalen Premiers in der medialen Repräsentation in Deutschland seine Wirkung im Kontext kolonialer Konkurrenz: Es repräsentierte zugleich eine Schwächung imperialer britischer Energie, wodurch im Gegenzug die Dynamik der deutschen Macht- und Kolonialansprüche betont wurde (in der Terminologie der Studie sieht man hier das Valorisierungsprinzip am Werk). Insbesondere im *Kladderadatsch* „vergewisserte man sich ex-negativo eines bestimmten politischen Selbstverständnisses“, wenn man sich auf diese Weise vom liberalen Premier absetzte (S. 164): Als Gegenfigur zum als Phantasten und Schwärmer erscheinenden Gladstone war stets der deutsche Reichskanzler Bismarck als Protagonist einer realistischen und dynamischen Politik mitgedacht. Damit wurde im deutschen politischen Humor die auf Völkerverständigung setzende liberale Rhetorik im beginnenden Wettlauf um den Erwerb eines Kolonialreichs als Schwäche interpretiert, als deren Gegenbild sich das eigene Selbstwertgefühl steigern ließ.

Immer wieder macht Gießmann-Konrads deutlich, dass die satirische Bildproduktion die Politik nicht nur humoristisch reflektierte, sondern eigene Handlungsanstöße geben wollte. Während des Burenkriegs rückte die britische Königin selbst ins Zentrum der Aufmerksamkeit deutscher Karikaturisten. Der royale Körper stand nicht nur als Symbol für das britische Empire, sondern entstellende Repräsentationen der Queen bedeuteten zudem eine Grenzüberschreitung, die bei vergleichbaren Darstellungen des deutschen Kaisers strafrechtlich geahndet worden wären. Die Karikaturen befriedigten damit die „Angstlust“ der Leserschaft und waren zugleich Teil einer anti-britischen Öffentlichkeit, die die um Neutralität im Burenkrieg bemühte Reichsleitung unter Druck setzte – die Presse erwies sich nicht nur als Reflektionsinstanz, sondern als Mitgestalterin politischer Prozesse.

Gießmann-Konrads präsentiert eine nicht nur lesens-, sondern zugleich sehenswerte Geschichte visueller politischer Kultur – der Band ist mit über 60 meist großformatig und oft farbig reproduzierten Karikaturen aus deutscher und britischer Produktion ergänzt. Deutlich lässt sich dadurch

das Ineinandergreifen der Medienlandschaften beider Länder auch dort erkennen, wo die inhaltlichen Aussagen der Presse auf Konkurrenz und Kritik am jeweils anderen hinausliefen.

Darmstadt

Detlev Mares



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

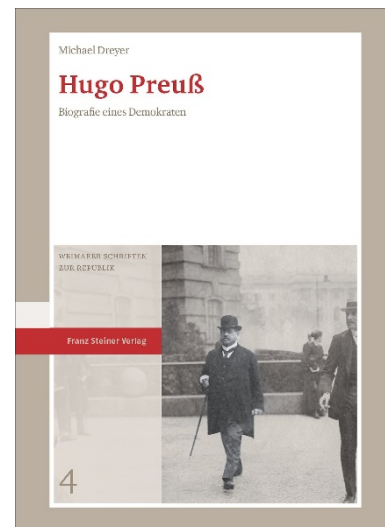


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2019

Michael Dreyer: Hugo Preuß. Biografie eines Demokraten.

Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2018 (= Weimarer Schriften zur Republik, Band 4), 513 S., ISBN: 978-3-515-12168-2

Seit der Veröffentlichung von Ursula Büttners großer Studie über die Weimarer Republik im Jahre 2008 hat sich die „Weimar-Forschung“ grundlegend verändert. 2019, im Erinnerungsjahr von Revolution und Verfassung, verdichtete sich ein positiveres Bild der jungen Demokratie. Dem liegt eine einfache, für Forschung und Gesellschaft aber keineswegs unwichtige Prämisse zugrunde: Der Weimarer Staat wird nicht mehr alleine von seinem Untergang, seinen vermeintlichen Schwächen und „Geburtsfehlern“, her beurteilt. Die Entkernung dieses teleologischen Irrtums hat schon vor dem aktuellen „Jubeldatum“ zu zahlreichen neuen Studien geführt, die nunmehr auch die Chancen und Leistungen Weimars betonen, in der Hauptsache ihre Untersuchung aber nicht vom falschen Ende aufzäumen. Der im Schatten seiner Vergangenheit geäußerte Ausspruch „Bonn ist nicht Weimar“ erscheint heute erklärungsbedürftiger denn je.



Zu den genannten neueren Studien zählt auch die inzwischen bei Franz Steiner veröffentlichte Habilitationsschrift des Jenaer Politikwissenschaftlers Michael Dreyer. Ursprünglich 2002 vorgelegt, ist es nun auch dem breiteren - der Studie wünscht man es! - Publikum möglich, die lange ausstehende Biographie des häufig vergessenen Vaters der Weimarer Verfassung zu lesen. Es handelt sich um die unveränderte Schrift, in die Dreyer mit einem neuen, dem zeitlichen Abstand zwischen Abfassung und Publikation geschuldetem, Vorwort einleitet. Hier bettet Dreyer seine Abhandlung in die skizzierte Forschungsentwicklung ein, thematisiert aber auch die neue, durch die zwischenzeitliche Publikation von Preuß' gesammelten Schriften (hrsg. v. Detlef Lehnert und Christoph Müller) grundlegend veränderte, Quellenlage. Dass es sich bei Dreyers Studie zwangsläufig um eine „politische Biographie“ handelt, die Preuß' vita activa und die bei ihm als homo politicus so markante Verbindung von Politik und Werk beleuchtet, liegt auch am fehlenden privaten Quellenmaterial in Form eines Nachlasses. Dreyers Ergebnis gibt der Methode Recht: die ideengeschichtliche Bedeutung des Preuß'schen Werkes, die intellektuelle bzw. politische Beschaffenheit seines Lebens – bei einer Gestalt wie Preuß ist dies keineswegs so leicht zu trennen – wird nun erstmals in komprimierter Form fassbar.

Der Betrachtung des Politikers und Verfassungsvaters geht eine Schilderung von Preuß' akademischer und intellektueller Herkunft voran. Nach klassischer ideengeschichtlicher Manier versuchen die ersten Kapitel, die Fundamente seines staatsrechtlich-politischen Denkens freizulegen. Rasch zeigt sich ein Profil, das den zentralen Staatsrechtsschulen der Kaiserzeit widersprach. Ein Beispiel: In Abgrenzung zu Seydel oder Labands Staatstheorien und als Schüler Otto von Gierkes vertrat Preuß dessen organische Genossenschaftstheorie, in der er „nichts anderes als die wissenschaftliche Theorie der Stein'schen Reformidee“ (zit. n. S. 35) sah. Dreyer sieht in

Preuß freilich den liberalen Schüler, der den im Hohenzollernreich verhafteten Mentor (Gierke) überwindet, sich von diesem vor allem aus politischen Gründen zunehmend entfremdet und den Grundgedanken der Genossenschaftstheorie erst durch die Ablehnung des klassischen Souveränitätsbegriffs zur konsequenten Vollendung führt. Diese Prämisse bildet die „Trennlinie, jenseits derer Preuß endgültig auf sich selbst gestellt“ gewesen sei.

Als Professor an der Handelshochschule Berlin beschäftigte sich Preuß in weitaus größerem Maße als zuvor sodann mit der kommunalen Selbstverwaltung, deren lautstarker Vorkämpfer er zu werden beabsichtigte. Voller Verehrung für das vom Freiherrn vom Stein gestaltete Reformwerk legte er 1906 seine bedeutende Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland vor („Entwicklung des deutschen Städtewesens“). Dreyer versteht es, die Thesen des einsamen Vordenkers mit späteren Stimmen aus Politik und Ideengeschichte zu verknüpfen und dabei auf zweierlei hinzuweisen: die modernen Grundlagen und demokratischen Chancen von Preuß' Denken und dem Weimarer Aufbruch (1) sowie das rasche Vergessen seiner Verteidiger (2).

Die großen Linien im Werk des liberalen „politischen Professors“ werden deutlich herausgestellt: demokratischer Pluralismus, kommunale Selbstverwaltung und ein damit verbundener organischer Staatsaufbau. Die daraus erwachsende Zielsetzung des Politikers lassen sich am ehesten zusammenfassen als Umwandlung eines marode gewordenen „Obrigkeitsstaates“ hin zum demokratischen „Volksstaat“. Dieser explizit politische Preuß ist Thema der zweiten Buchhälfte. Hier betrachtet der Jenaer Politikwissenschaftler sowohl den Publizisten als auch den linksliberalen Politiker und späteren Mitbegründer der DDP. Ein facettenreiches Bild entsteht, vom Berliner Abgeordneten über seine Erfahrung und Einschätzung von Weltkrieg und Revolution bis hin zu jener Person, die der Weimarer Verfassung ihre demokratische Prägung verlieh.

Ihr wird nunmehr die berechtigte Aufmerksamkeit zuteil. In den staatsrechtlichen Diskursen der Weimarer Jahre hinterließ Preuß zwar keine größeren Spuren. Dem Gelehrtenleben widmete sich der über eine so notwendige aber fehlende demokratische Kultur enttäuschte Preuß erst wieder an seinem Lebensabend: mit gutem Recht fehlt er also neben Namen wie Anschütz, Kelsen, Schmitt und anderen. Das Vermächtnis des „erste[n] Praktiker[s] und Theoretiker[s] der deutschen Demokratie“ (S. 451) greift, folgen wir Dreyer, tiefer: es liegt im frühen aber vergeblichen Kampf für das Erstarken einer „wehrhaften Demokratie“, für eine demokratische Revitalisierung des Bürgertums („civic society“), konsequente Selbstverwaltung als deren Grundlage und ein Föderalismus-Konzept von nahezu revolutionärem Ausmaß. Ihre Wirkmacht entfaltete seine Idee nicht erst in der jungen Bundesrepublik. Dafür reicht ein Blick auf deren Vorkämpfer am Rhein wie den katholischen Sozialwissenschaftler Benedikt Schmittmann, der seine Utopie in Anlehnung an den liberalen Preuß entwarf.

Bonn

Keywan Klaus Münster



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

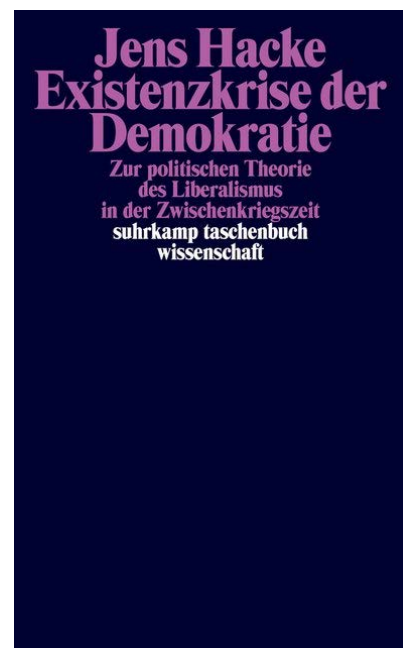


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2019

Jens Hacke: Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit.

Berlin: Suhrkamp, 2018 (= Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Band 2250), 455 S., ISBN: 978-3-518-29850-3

Die Geschichte des Liberalismus in der Weimarer Republik wurde lange im Zeichen des Scheiterns geschrieben. Seine Vertreter hätten, so das Ondit, kein Rezept für die drängenden Zeitprobleme gehabt und dem Aufstieg des Nationalsozialismus hilflos zugesehen. Dass dies eine höchst einseitige und überdies unfaire Deutung ist, zeigt Jens Hacke in seiner preisgekrönten ideengeschichtlichen Studie. Sie behandelt jene Intellektuellen, die sich ganz ausdrücklich zum Liberalismus bekannten, obwohl er in der jungen Republik rasch zum „Feindbegriff“ (S. 26) wurde. Es geht dabei um Diskurse, in denen Liberale Lösungen für die aktuellen Probleme suchten. Vor diesem Hintergrund fragt Hacke nicht nach einer umfassenden Definition von Liberalismus, ihm genügt, dessen Verfechter in der Auseinandersetzung um liberale Prinzipien zu beobachten. Seine Entscheidung, vor allem die harten Konflikte um den Erhalt der liberalen Demokratie zu erörtern, hat kompositorische wie heuristische Vorteile. Sie gestattet die anschauliche Schilderung der großen Debatten und hilft bei der Identifikation ihrer ausschlaggebenden Momente. Inhaltlich werden zuerst konkurrierende „Vorstellung[en] von Bürgerlichkeit“ (S. 38) und die „Dekonstruktion neuer antiliberaler Gemeinschaftssemantiken“ (S. 39) erörtert, welche die fragile politische Kultur Weimars nachhaltig prägten. Die beiden anderen Hauptthemen, die Entwicklung des Konzepts „wehrhafter Demokratie“ und die gestiegene soziale Verantwortung liberaler (Wirtschafts-)Politik, waren ebenfalls Ausdruck der Republikkrise, reichten aber bis in die zweite Nachkriegszeit.



Die Vorgeschichte der Weimarer Republik wird knapp und sicher skizziert. Bei allen Vorbehalten angesichts der schwankenden Bürgerlichkeit im Fin de Siècle folgt Hacke der Auffassung Thomas Nipperdeys, dass die wilhelminische Gesellschaft keine „Untertanengesellschaft“ gewesen sei (S. 99). Dem Demokratieverständnis Friedrich Naumanns steht er positiv gegenüber und kann für seine Ansicht manche Trouville präsentieren. So habe Naumann bereits 1905 davor gewarnt, dass primär Rechtsgleichheit anstrebende politische Bewegungen nur ein kurzes Leben beschieden sei, weil sich der erzielte Erfolg nicht steigern lasse. Mit Marcus Llanque wird die Dynamisierung der politischen Debatten im Ersten Weltkrieg und die Vielfalt der darin vertretenen Positionen betont. Nicht wenige der Diskutanten hätten bei Kriegsende wie Ernst Troeltsch der Auffassung zugeneigt, dass die Demokratie unvermeidlich sei, jedoch angesichts der hochgespannten Erwartungen wie Max Weber die anstehenden Veränderungen eher skeptisch betrachtet.

Jens Hacke kennt die Nuancen seines Themas. So hat er keine Bedenken, den oft in Abrede gestellten Einfluss Carl Schmitts auf Helmuth Plessner hervorzuheben. In Anlehnung an Carola Dietze pointiert er die Aufgeschlossenheit des philosophierenden Soziologen, der von Schmitt gelernt habe, „das Politische zu identifizieren und mit dem Feind zu rechnen“ (S. 104), und damit seinen Sinn für die Eigenart genuin politischer Phänomene schärfte. Den Aufstieg des Faschismus in Italien erklärte Plessner ebenso originell wie bedenkenswert mit dessen Gewaltbejahung, die durch einen markanten „utopische[n] Überschuss“ (S. 197) gerechtfertigt werde. Gleichzeitig richteten sich seine Ausführungen gegen die linke Revolutionsemphase und die deutsche Jugendbewegung, deren „Authentizitätskult“ (S. 103) ein autoritäres Politikverständnis begünstigte.

Die liberalen Reaktionen auf den Faschismus bilden das Zentrum der Studie und erhalten weit mehr Raum als der zeitgenössisch ebenfalls debattierte Leninismus. Die Erklärung für diese wichtige Entscheidung leuchtet ein: „Während die Ablehnung des Sozialismus keiner neuen elaborierten Argumentation bedurfte und sich aus einer Perspektive bürgerlicher Besitzstandswahrung von selbst verstand, verlangte die Analyse und Kritik autoritär-korporativistischer Konzeptionen, die sich gleichzeitig antisozialistisch, antiliberal und antiparlamentarisch profilierten, besondere Aufmerksamkeit, weil sie desillusionierten und z. T. depravierten bürgerlichen Kreisen so attraktiv erschienen“ (S. 191). Hinzu kam, dass der politische Radikalismus virtuos demokratische Ressourcen nutzte. Die Bedeutung des Faschismus für Denker der Konservativen Revolution lasse sich jedenfalls kaum überschätzen. So sah Oswald Spengler mit ihm ein „caesaristisches Zeitalter“ (S. 136) beginnen, während Carl Schmitt dafür schwärmte, wie sich mit Hilfe faschistischer Mythen die Macht des Staates festigen ließe. Andererseits kritisierte der linksliberale Nationalökonom Moritz Julius Bonn die auf der radikalen Rechten herrschende Prinzipienlosigkeit, und der sozialdemokratische Staatsrechtler Hermann Heller spottete darüber, dass ausgerechnet „der korporative Staat [...] de facto ohne Korporation auskommen müsse“ (S. 183).

Vom Großschriftsteller Thomas Mann bis zu Fritz Schotthövel, dem einflussreichen Redakteur der Frankfurter Zeitung, werden die Anhänger der Weimarer Republik behandelt und Vorzüge wie Nachteile ihrer politischen Weltsicht erwogen. Im Resultat ergibt sich ein schattierungsreiches Bild, das mitnichten zum Klischee der „Republik ohne Republikaner“ passt. Vielmehr habe das neue Gemeinwesen von Beginn an engagierte und politisch hellsichtige Verteidiger gefunden. Zu ihnen rechnet Hacke auch den Wiener Rechtstheoretiker und Staatsrechtler Hans Kelsen, der wegen seiner jüdischen Herkunft und seiner Denkschärfe besonders gehasst wurde und gänzlich zu Unrecht als Vertreter eines formalistischen Rechtsverständnisses galt, das der Republik schweren Schaden zugefügt habe.

Die besondere Sympathie des Autors gehört mit Moritz Julius Bonn einem „Grenzgänger zwischen Wissenschaft, Politik, Diplomatie und Publizistik“ (S. 31), der über beste internationale Kontakte verfügte und die frühe Rezeption von John Maynard Keynes in Deutschland entscheidend beeinflusste. Im Unterschied zu vielen akademischen Kollegen besaß Bonn einen Sinn für die ökonomische Dimension des Politischen. Er monierte die Vorlieben in der Industrie für die rückwärts gewandte Verherrlichung des Ständestaats und stellte „die desaströsen Auswirkungen der Inflation für die gesellschaftliche Mitte“ (S. 314) heraus. Die Erfahrung dieses Ereignisses führte ihn zu der Überzeugung, dass eine liberale Wirtschaftspolitik den Sozialstaat als Korrektiv brauche. Dem Ordoliberalismus kann Hacke wenig abgewinnen. Seine theoretischen Entwürfe litten unter Unstimmigkeiten, die daraus resultierten, dass sich die Bejahung eines starken Staates nur schwer mit einem liberalen Weltbild vereinbaren lasse. Sobald freilich wie bei Wilhelm Röpke Ideen des „demokratischen Liberalismus“ erörtert wurden, stieg die konzeptionelle Anschlussfähigkeit nachhaltig.

Im Ausklang wird eine Gesamtdeutung des Liberalismus im 20. Jahrhundert unter den Chiffren „Ernüchterung“ und „Erneuerung“ versucht. Sie zeigt das von Reinhart Koselleck eindringlich herausgestellte Lernpotential historischer Niederlagen. Voraussetzung ist der desillusionierte Blick auf Erfahrungen, die den eigenen Erwartungen nur schlecht entsprachen. Gerade demokratisch eingestellten Liberalen war diese Haltung gegeben, und so gelang eine „Neujustierung“ (S. 401) des eigenen Weltbilds, von der sich manches lernen lässt. Vielleicht am wichtigsten ist die Erkenntnis, dass eine „wehrhafte Demokratie“ ihre Mittel rechtzeitig und energisch einzusetzen habe.

Jens Hacke hat eine souveräne Darstellung vorgelegt, die durch Einzelkritik kaum aus den Angeln zu heben ist. Sie bietet ein umfassendes Bild jener liberalen Denker, die sich erst für den Erhalt der Weimarer Demokratie einsetzten und nach der Katastrophe des Nationalsozialismus zu tiefgreifenden Reflexionsprozessen imstande waren. Es fragt sich allerdings, in welchem Ausmaß seine Deutung liberaler Theoriegeschichte Eigenarten der herangezogenen Quellengattungen widerspiegelt. Immerhin ging es bei den hochgradig politisierten Auseinandersetzungen der Zwischenkriegszeit darum, sich in Ideenkämpfen durchzusetzen, und dies begünstigte Camouflage wie den rein strategischen Einsatz von Argumenten. Nur mit Vertrauen in liberale Prinzipien ließ sich den in der Weimarer Republik ungemein einflussreichen „Verhaltenslehren der Kälte“ (Helmut Lethen) kaum begegnen. Dementsprechend schwierig ist zu sagen, wie Autoren ihre öffentlich vorgebrachten Argumente tatsächlich einschätzten. Den Wert der vorliegenden Studie ficht dieser Einwand freilich nicht an. Sie entwickelt ein breites Panorama an Vorstellungen, mit denen überzeugte Liberale auf die „Existenzkrise der Demokratie“ reagierten, und hat das Zeug zum modernen Klassiker.

Marburg

Ulrich Sieg



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2019

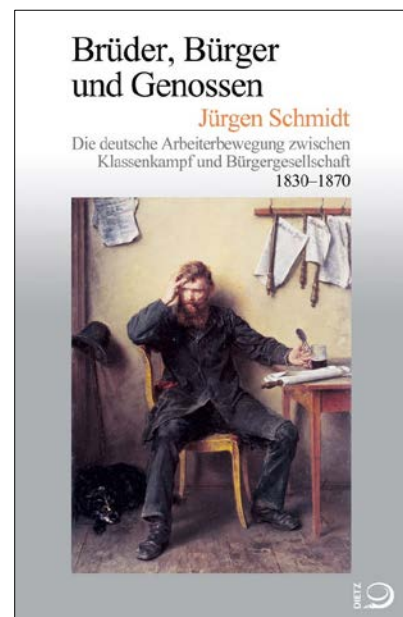
Jürgen Schmidt: Brüder, Bürger und Genossen. Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Klassenkampf und Bürgergesellschaft 1830-1870.

Bonn: Dietz Nachf., 2018 (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Band 4), 652 S., ISBN: 978-3-8012-5039-3

Die vorliegende Studie ist Teil der 15-bändigen, von Gerhard A. Ritter initiierten Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – einem Projekt, das bereits vor einem halben Jahrhundert begonnen wurde. Der damals unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts geführte, teils erbitterte Streit über die mehr sozialgeschichtlich oder marxistisch gedeutete Klassenbildung der Arbeiterschaft ist heute selbst Gegenstand der Analyse; statt ideologischen Streits wird stattdessen eher nach gemeinschaftsorientierten Ansätzen einer Bürger- und Zivilgesellschaft gesucht.

Die Perspektivverschiebung schlägt sich besonders im vorliegenden Band nieder, der mit der Periode zwischen 1830 und 1870 die allmähliche Formierung einer Arbeiterbewegung in den Blick nimmt. Die Prozesse der Industrialisierung und Urbanisierung führten zu Strukturbrüchen in der Lebens- und Arbeitswelt. Sie veränderten den Charakter der Arbeit grundlegend; der dauerhaft lohnabhängig Beschäftigte ersetzte allmählich den vormaligen Handwerker-Arbeiter, der noch nach Selbständigkeit strebte, sich dem Ideal „ehrbarer“ Arbeit verpflichtet sah. Die Erscheinungsformen waren vielfältig, die soziale Schichtung äußerst heterogen, ebenso wie die politischen Leitbilder der entstehenden Arbeitervereine – von eher intellektuell bestimmtem Kommunismus bis zu christlichen und liberalen Richtungen. Der Wandel erstreckte sich über Jahrzehnte; erst am Ende dieser Phase trifft der Begriff „*Arbeiterbewegung*“ zu – und auch da eigentlich nur im Plural. Insofern bedeutet der Titel des Bandes eine Vorwegnahme, die bei aller Sorgsamkeit des Autors dennoch die Perspektive mitunter verengt.

Schmidt widmet sich diesem grundlegenden Wandel, dessen epochale Folgen inzwischen durch ein neues Zeitalter abgelöst werden, in drei Abschnitten, denen eine Klärung zentraler – lange Zeit heiß umkämpfter – Begriffe wie Klassenbildung, Arbeiter und Proletariat vorgeschaltet ist. Dem historiographischen Zeitgeist entsprechend modifiziert Schmidt nicht nur das Erklärungsmodell der Klassenbildung durch den Blick auf andere Formen der Vergemeinschaftung wie Religion und Geschlecht, sondern ergänzt es um das Paradigma der „Zivilgesellschaft“. So soll eine Politik- und Bewegungsgeschichte entstehen, die anhand der Beschreibung von Identitätsfindung, Sozialisierungsleistungen und Klassenbildungsprozessen schließlich die Ursachen der Formierung einer politischen Arbeiterbewegung eruieren möchte.



Um es vorwegzunehmen: Die Syntheseleistung des Autors ist enorm, die uferlose Forschungsliteratur wird klug konzentriert, ebenso wie die dramaturgisch geschickt gebündelten, unzähligen Facetten von „Arbeit“ und „Arbeiterschaft“. Schmidt gelingt eine argumentativ gestützte Erzählung, die sein Werk über den Charakter eines Handbuchs hinaushebt. Allerdings geht mitunter die Trennschärfe der Begriffe unter, dies trifft vor allem auf zentrale Kategorien zu, wie „bürgergesellschaftlich“ oder „liberaldemokratisch“, deren Zuschreibungen recht vage bleiben, zumal sie weder begrifflich noch mittels einer sozialen oder politischen Trägerschicht eindeutig definiert werden. So bleibt letztlich offen, was „liberal“ von „liberaldemokratisch“ bzw. „demokratisch“ in dieser Zeit konkret unterscheidet.

Leitender Gesichtspunkt in den jeweiligen Abschnitten ist die Frage nach den Formen der Vergemeinschaftung der Arbeiterschaft. Der Autor beginnt mit den Vorboten der Arbeiterbewegung in der Zeit des Vormärz, klärt dann die „Geburtsstunde der modernen Arbeiterbewegung“ (S. 319) in der Revolution 1848/49 und verankert die Formierung einer in die Zukunft weisenden Arbeiterbewegung in den zwei Jahrzehnten bis zur Reichsgründung – einer Phase, in der die Bewegung zugleich mit den Prozessen der Nationalstaatsbildung, des Verfassungswandels und der „neuen sozialen Frage“ interagierte. Sorgsam werden die Lebenslagen der Arbeiterschaft und die Spielarten der Vergemeinschaftung in den Blick genommen, von der Vielfalt des geselligen Vereinslebens bis zu den Hauptträgern der künftigen Bewegung, der *Arbeiterverbrüderung*, dem *Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein* (ADAV), dem *Vereinstag Deutscher Arbeitervereine* (VDVA) und schließlich der 1869 gegründeten *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* (SDAP).

Für den Vormärz betont Schmidt die zentrale Bedeutung der Vereins- und Festöffentlichkeiten; sie bildeten partizipative Elemente für die „Vergemeinschaftung und Politisierung der randbürgerlichen Bevölkerung aus Handwerker- und Arbeiterschaft“ (S. 173). Dieses „bürgergesellschaftliche Erbe“, das Formen der Selbsthilfe sowie den Zusammenschluss zur Interessendurchsetzung einübte, setzte sich dann in der Arbeiterbewegung fort. So schöpfte die frühe Arbeiterbewegung aus dem Arsenal liberaler Leitbilder – dem Aufstieg durch Bildung, der Forderung nach politischer Partizipation, Selbsthilfe und Selbstorganisation, der genossenschaftlichen Gütergemeinschaft und der Assoziation. Einflüsse von außen kamen hinzu, weniger in Form einer „transnationalen Verflechtung“, sondern als Rezeption der Ideen aus Frankreich oder der organisatorischen Vorbilder (Geheimbünde u.a.) aus Italien. Noch gab es keine Einengung auf die Lohnarbeiterschaft, vielmehr handelte es sich um heterogene Arbeitergruppen; so blieb auch das liberale Modell der klassenlosen Bürgergesellschaft für einen Teil der Handwerker-Arbeiter attraktiv. Insgesamt zeichnete sich aber, so meint Schmidt dann doch, die „Konstruktion eines Klassenbegriffs ab, der die ‚arbeitenden Klassen‘ in den Mittelpunkt rückte“ (S. 190).

Die Revolution 1848/49 entwickelte sich zu einem „Lernort“ der Arbeiter: Sie bewirkte „Mobilisierungs- und Partizipationseffekte, die bis in die Unterschichten hineinreichten“ (S. 320): Bürgerliche Formen wurden übernommen, Vereine und Assoziationen entwickelten sich zu Kristallisationskernen für nationale und lokale Netzwerke der Arbeiter, für Diskussionen, Zukunftskonzepte und die Entstehung eigener Kommunikationsstrukturen. Schmidt sieht auch hier noch keine klar unterscheidbaren Konfliktlinien für einen Prozess der Klassenbildung, zumal die zeitweilige Allianz von Arbeiterschaft und Bürgertum in der revolutionären Phase nicht entlang sozioökonomischer, sondern politischer Konfliktlinien zerbrach. Jedoch fanden mit dem „Kommunistischen Manifest“ und den Produktivassoziationen bereits zentrale Ideen den Weg in die Arbeiterschaft, die auf die spätere Trennung wiesen.

Prägend für die Jahrzehnte nach der Revolution wurden die beschleunigte industriekapitalistische Entwicklung, die Zunahme der Lohnarbeit und die Ausdehnung der Fabrikarbeit. Etliche Faktoren verschärften nun die Konfliktlinien innerhalb der Arbeiterschaft: die Dynamisierung und politische Vergemeinschaftung durch die nationalen Einigungskriege, die Verfassungsfrage, der

mediale Massenmarkt und der Mobilisierungsschub aufgrund des allgemeinen Männerwahlrechts 1867. Der Prozess der Klassenbildung wurde bewusst vorangetrieben, wie Schmidt für die zentralen Organisationen präzise nachzeichnet. Er spart auch das problematische Demokratieverständnis der frühen radikalen Arbeiterbewegung nicht aus: etwa die „Überdehnung“ des Volksbegriffes bei Wilhelm Liebknecht, Lassalle u.a., die „keinen Raum mehr für Opposition und Meinungsvielfalt“ ließ, oder die – in jakobinischer Tradition – geübten Vorbehalte gegenüber dem Parlamentarismus: Parlamentsarbeit, so Wilhelm Liebknecht, sei das „Paktieren mit dem Feind“ (S. 466).

Die Scheidung von liberaler und proletarischer Arbeiterbewegung ist seit über hundert Jahren Gegenstand historiographischer Debatten. In der Darstellung der liberalen Gewerkvereinsbewegung folgt Schmidt der maßgeblichen Studie von Hans-Georg Fleck (Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung, Köln 1994). Die Gewerkvereine von Max Hirsch und Franz Duncker besaßen in den 1860er Jahren die größere Mitgliederzahl und boten mit ihren Unterstützungskassen den Arbeitern erhebliche Vorteile. Die Niederlage der Gewerkvereine beim Waldenburger Bergarbeiterstreik 1869 nach wochenlangem Kampf desavouierte jedoch ihr Modell der Konfliktregelung, ein Rückschlag im Wettbewerb mit den sozialistischen Gewerkschaften, deren These vom Klassenkampf und dem Antagonismus von Kapital und Arbeit sich nun zu bestätigen schien. Die propagierte Gesellschaftsinterpretation des sozialistischen Flügels in der Arbeiterbewegung setzte bewusst auf Abgrenzung, trug – so Schmidt – populistische Züge und polarisierte, um in der Öffentlichkeit wirkungsvoller zu mobilisieren. „Erst die Sprache des revolutionären Marxismus mit seinem Skeptizismus und der Prophezeiung des Niedergangs der bürgerlichen Welt ließ den Spaltpilz zwischen den auf Optimismus, Zukunft und Reformfähigkeit des bürgerlichen Gesellschaftsmodells ausgerichteten Bestrebungen der Radikalliberalen und einer sozialistischen Arbeiterbewegung gedeihen“ (S. 174). In bürgerlichen Kreisen wuchs die Angst vor der „roten Gefahr“ und ließ selbst im eigenen Lager die Unterstützung sozialliberaler Arbeiterpolitik schwinden.

Schmidts Darlegung zeigt, dass trotz aller Abgrenzung und organisatorischen Formierung die Ausrichtung der Arbeiterbewegung am Ende der 1860er Jahre aber durchaus noch offen war. Die Frage, ob die Arbeiterbewegung dem antagonistischen Konzept des Klassenkampfes folgt oder dem Konfliktmodell einer liberalen Bürgergesellschaft wurde erst nach der Reichsgründung entschieden, als die Arbeiterbewegung zunehmend unter staatlichen Druck kam, kulminierend im Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, dem auch Teile der Liberalen zustimmten.

Berlin/Potsdam

Wolther von Kieseritzky



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2019

Jurgen Reinhoudt / Serge Audier: Neoliberalismus – Wie alles anfang: Das Walter Lippmann-Kolloquium.

Hamburg: kursbuch.edition, 2019, 303 S., ISBN: 978-3-9619-6082-8

Die Zahl an Publikationen, die sich mit dem Thema „Liberalismus“ beschäftigen, ist in den letzten Monaten noch einmal deutlich angestiegen. So findet sich einiges zum Thema Zukunft des Liberalismus, einiges zum Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen, einiges auch zur Frage einer ideologischen Verankerung von Freiheit und Liberalismus. Einiges davon ist wichtig und grundlegend, anderes eher intellektuelles Trittbrettfahren.

Dass man so viel über den Liberalismus spricht und schreibt, muss ja nichts Schlechtes sein. Immerhin, so war auch in den letzten Tagen von führenden Liberalen zu hören, bedeutet das, dass sich der denkende Teil der Öffentlichkeit mit Fragen des Liberalismus, insgesamt mit Liberalismus auseinandersetzt. Die Zeiten, in denen diese Beschäftigung sich komplett ins Negative wendete, scheinen zum Glück vorüber - ungern erinnert man sich zum Beispiel an eine Publikation aus dem Jahre 1983 mit dem unschönen, und dazu wohl auch noch voreilig gewählten Titel: „Wie tot ist der Liberalismus?“. Konstruktive Kritik allerdings muss erlaubt, vielleicht sogar willkommen sein.

Die Erneuerung des Liberalismus, die Überprüfung der Geltung liberaler Grundsätze in Zeiten sich wandelnder gesellschaftlicher Umstände, ist als Thema also en vogue. Und das hier zu behandelnde Buch zeigt, dass die Diskussion zwar hochaktuell, aber nicht neu ist.

Serge Audier, französischer Philosoph und Soziologe, und Jurgen Reinhoudt, amerikanischer Politologe, lenken den Blick auf eine Diskussion, die vor mehr als 80 Jahren stattfand, deren Bedeutung für die Fortentwicklung des Liberalismus allerdings oftmals unterschätzt wurde. Das Buch beschreibt „die offizielle Geburtsstunde des Neoliberalismus als geistige Bewegung“ (S. 9), nämlich das „Walter Lippmann Kolloquium“, das im August 1938 in Paris abgehalten und mit dieser Publikation zum ersten Male verschriftlicht wurde.

Der Titel des Buches: „Neoliberalismus - wie alles anfang“ ist durchaus gefährlich: Bringt er doch gleich auf dem Buchdeckel den Begriff, der vor allen anderen zur Kritik an liberalen Auffassungen verwendet wird. So mancher, der das Buch erworben hat, wird die Lektüre unter falschen Erwartungen begonnen haben. Der Begriff Neoliberalismus wird in diesem Zusammenhang nämlich, und das durchaus den Diskussionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entsprechend, positiv gebraucht.



Die Vorgeschichte des Kolloquiums ist schnell erzählt, aber durchaus bedeutsam. Louis Rougier, französischer Philosoph und Dozent an verschiedenen Universitäten Frankreichs, hatte mit großer Begeisterung ein Buch des amerikanischen Journalisten und Autoren Walter Lippmann gelesen, betitelt „The Good Society“. Die Thesen des Buches waren ihm so interessant erschienen, dass er daraus die Idee entwickelte, „eine Gruppe unorthodoxer Denker zu versammeln, die ähnliche oder wenigstens ähnlich erscheinende Thesen wie Lippmann vertreten hatten oder dessen Hauptthesen, nach Rougiers Auffassung, aufgeschlossen gegenüber standen“ (S.15), als Lippmann ohnehin auf einer Europareise war. Die Autoren beschreiben eindringlich und präzise die Intentionen Rougiers, die ihn dazu brachten, just zu dieser Zeit „eine breiter gefächerte, sehr amorphe liberale Gemeinde“ (S.15) zusammenzurufen, um – so die Formulierung Rougiers in der Einladung – „die Kernthesen des Buches über den Niedergang des Liberalismus und die Bedingungen für eine Rückkehr zu einer liberalen Ordnung, die sich vom Manchester-liberalen Laissez-faire unterscheidet, zu erörtern“ (S.16).

Der historische Kontext, in dem das Kolloquium stand, stellte besondere Herausforderungen an die Teilnehmer. Audier und Reinhoudt sehen den politischen und wirtschaftlichen Liberalismus in den 1930er Jahren als „ein schwer angeschlagenes System, das an einer tiefen Glaubwürdigkeitskrise litt.“ (S.26) Die Krise von 1929, die New-Deal-Politik der USA, die Politik der Planwirtschaft in der Sowjetunion, der aufziehende Faschismus in Europa, die zunehmende Kriegsgefahr – das alles schien vom Ende des Liberalismus zu künden. „Tragisch“ sei dieser Kontext gewesen, so die Autoren (S.13), als sich „besonders isoliert, zerstreut und machtlos scheinende ‚Liberale‘ versammelten, um den Liberalismus zu verteidigen und zu erneuern.“

Die Einführung der beiden Autoren beschreibt die „Soziologie der Netzwerke“ (S.19) dieser „sehr heterogenen Versammlung von Liberalen“ (S.10). Das Kolloquium führte 26 Wissenschaftler unterschiedlichster Fachrichtungen und Nationalitäten zusammen - Nationalökonomien, Philosophen, Soziologen, Staatsbeamte, Unternehmensleiter und Juristen, deren einigendes Band die Sorge um die Zukunft des Liberalismus war. Sie wollten „den Liberalismus kritisch überprüfen und erneuern“ (S.11), ihr Ziel war es, „den Fortbestand des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus zu sichern“ (S.24).

Die Tagesordnung des Kolloquiums, wie sie in dem Buch abgedruckt ist (S.120 ff.), zeigt die Bandbreite der dort behandelten Themen. Sie war, so die Autoren der Einleitung, „zugleich philosophisch, kulturell, politisch und programmatisch, aber auch ideologisch, denn es ging auch darum, herauszufinden, wie sich die Massen würden überzeugen lassen, zum Liberalismus zurückzukehren, von dem sie aufgrund seines Laissez-faire und seiner Gleichgültigkeit gegenüber der sozialen Not abgerückt waren.“ (S.37 f.) Über viele ihrer Punkte könnte man auch heutzutage im Grundsatz, zwar durchaus weniger dramatisch, weil auf gesichertem Boden stehend und nicht vom „Niedergang“ bedroht, aber doch gewinnbringend diskutieren: „Hat der Niedergang des Liberalismus endogene Ursachen?“ „Ist der Liberalismus fähig, seine sozialen Aufgaben zu erfüllen?“ „Falls der Niedergang des Liberalismus nicht unaufhaltsam ist, was sind dann seine wahren Ursachen? (Exogene Ursachen?)“ „Falls der Niedergang des Liberalismus nicht unaufhaltsam ist, welche Gegenmittel lassen sich dann aus der Analyse seiner Ursachen ableiten?“

Das Buch widmet sich verdienstvoll der Aufgabe, die historischen und ideengeschichtlichen Umstände zu beschreiben, die unterschiedlichen Personen und deren inhaltliche Positionen zu sortieren und die Diskussion zusammenzufassen. Diese Zusammenfassung bildet den ersten Teil, gefolgt von einer die Lektüre lohnenden Zusammenstellung der Kurzbiografien der Teilnehmer. Es folgt die protokollmäßige Erfassung einiger Wortbeiträge, die den Diskussionsverlauf darstellen und die prägenden Linien aufzeigen. Und hier liegt auch der einzige Malus des Buches, den allerdings dann die Autoren auch selbst zugeben: Sie sehen die Mitschrift des Kolloquiums als „Primärquelle“ (S.9), weisen aber selbst darauf hin, dass einige der Diskussionsbeiträge nicht

mitgeschrieben worden seien, sodass diese Primärquelle unvollständig sei. Eine Tonbandaufzeichnung, die als unabhängige Aufzeichnung des Kolloquiums hätte dienen können, gebe es nicht.

Die Autoren der Einleitung haben nicht das „Ziel, hier eine gültige Interpretation vorzulegen“ (S. 60). Sie sehen es, auch im Lichte der sich bis in die Jetzt-Zeit fortsetzenden Diskussionen um den Begriff, als „nicht klar, ob Neoliberalismus für den Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsleben steht oder im Gegenteil für eine Stärkung der staatlichen Rolle als Garant des Wettbewerbs auf dem Markt.“ (S.9) Wichtigste Erkenntnis aus der Lektüre dieses Buches ist es allerdings, dass sich das Wort Neoliberalismus schon damals, und wohlverstanden auch heute nicht zum Schimpfwort eignet, sondern dass die Gründe dafür, die hergebrachten Erläuterungen der Grundsätze des Liberalismus zu überdenken und zu überprüfen, damals wie heute richtig sind. Oder, einfach gesagt: Nur wenn man etwas als umfassend richtig und bewahrenswert sieht, lohnt es sich nicht, über ein „Neo-“ hierzu nachzudenken und zu diskutieren.

Die „Geburtsstunde“ war also erreicht. Der Neoliberalismus, schreiben die Autoren in der Einleitung, „nahm 1938 eine Geschlossenheit an, die ihm bis dahin gefehlt hatte, sowie einen offiziellen (wenn auch umstrittenen) Namen“ (S.10). Der von Rougier ursprünglich intendierte Plan, das Ganze weiter zu verfestigen und im Jahr 1939 einen internationalen Kongress zu den gleichen Themen durchzuführen, ließ sich angesichts der weltpolitischen Lage nicht verwirklichen. Die Grundlagen aber waren gelegt, indem das Kolloquium „die Richtung wies für eine Erneuerung des Liberalismus“ (S.64), sodass dieser nach den Wirren des Krieges als eine der drei wesentlichen politischen Denkrichtungen in der Lage sein konnte, die westliche Nachkriegsgesellschaft zu gestalten.

Den Autoren und der herausgebenden kursbuch.edition gebührt großer Dank für die Publikation.

Berlin

Thomas Volkmann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

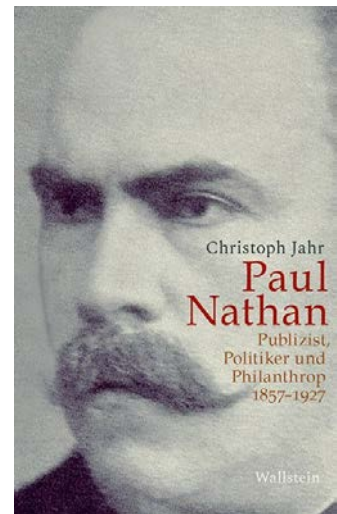


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2019

Christoph Jahr: Paul Nathan. Publizist, Politiker und Philanthrop 1857-1927.

Göttingen: Wallstein Verlag, 2018, 302 S., 10 Abb., ISBN: 978-3-8353-3297-3

Christoph Jahr ist ein durch ausgezeichnete wissenschafts-, militär- und NS-geschichtliche Studien ausgewiesener Historiker. Breiten Raum nehmen in seinem bisherigen Werk Forschungen zur Geschichte des Antisemitismus ein. Mit der vorliegenden Biographie nun erschließt er sich selbst, wie er in der „Danksagung“ freimütig bekennt, neues, nicht ganz leicht begehbares Terrain. „Ein rundum strahlender Held“ sei Paul Nathan nicht gewesen, eher „im Gegenteil“: widersprüchlich erscheint seine Persönlichkeit; „rätselhafte“, „schroffe“ Seiten verhindern eine glatte Porträtzeichnung. Dennoch habe der Mensch, der „hinter dem rastlosen Organisator“ hervortritt, „uns auch heute noch viel zu sagen“.



Jenes organisatorische Talent ist es allerdings, was zuerst mit jenem Namen assoziiert werden dürfte. Auch in Jahrs Schilderung machen dessen Betätigung und Auswirkung einen erheblichen Teil aus. Vor allem die Gründung des „Hilfsvereins der deutschen Juden“ im Mai 1901 und die von diesem Verein sechs Jahre später ausgehende Initiative zur Errichtung einer technischen Hochschule in Palästina waren folgenreich. Doch auch in anderen Bereichen waren Nathans Einsatzwille und Kampfesmut unverzichtbar. In Pressekampagnen, publizistisch begleiteten Reiseunternehmungen, punktuellen Hilfsaktionen und insbesondere dem jahrzehntelangen journalistischen und schriftstellerischen Einsatz ist Nathans Stimme eine der hörbarsten in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Judenfeindschaft in Deutschland und Europa gewesen.

Jahr macht es dem Leser durch Anordnung und Ausführung seines biographischen Projektes leicht, einen Überblick zu gewinnen. Eine einleitende lebensgeschichtliche Skizze sowie eine biographische Chronologie geben alle erforderlichen Daten. Als Sohn und Neffe zweier Bankiers – typischer Vertreter des „Honoratiorenliberalismus“ – am 25. April 1857 in Berlin geboren, absolvierte Nathan, zeitweise in Privatunterricht, die Schullaufbahn, widmete sich dann zunächst einer Kaufmannslehre, die er abbrach, um erste journalistische Schritte zu unternehmen, und studierte schließlich in Berlin und ab 1880 in Heidelberg. Dort wurde er 1881 mit einer Studie über den französischen Humanisten und Dichter Rabelais zum Dr. phil. promoviert. Seit Oktober 1883 arbeitete er für die von Theodor Barth gegründete Wochenzeitschrift „Die Nation“. Erste Reisen, wichtige Freundschaften (vor allem mit Ludwig Bamberger, der ihm 1899 seine Bibliothek und 100.000 Mark vermachte), aber auch gravierende Ereignisse im privaten Leben fallen in die folgenden Jahre. Seit 1903 aufgrund einer weiteren Erbschaft finanziell unabhängig, konzentrierte Nathan sich nach Beendigung der Redaktionstätigkeit ganz auf sein humanitäres Engagement. Pogrome in Russland und Rumänien sowie Kriegereignisse auf dem Balkan rufen ihn auf den Plan und führen zu umfangreichen Reiseaktivitäten in die Krisengebiete. Selbst mit den jeweiligen Regierungschefs trifft er zusammen; von keinem Misserfolg, von keiner Zurückweisung oder Demütigung lässt er sich entmutigen. Auch das Scheitern einer Kandidatur für den

Deutschen Reichstag (Februar 1908) nimmt er hin. Drei Orientreisen 1907, 1908 und 1910 sowie zahlreiche „Inspektionsreisen“ seit 1915 nach Polen und in andere kriegsbesetzte Gebiete zur Koordination der Verteilung von Hilfsgütern geben Nathans Einsatz während dieser Jahre einen geradezu omnipräsenten Charakter. Immer und überall hatte Nathan das Schicksal der von Verfolgung und Krieg bedrohten jüdischen Bevölkerung im Blick, so wie er im Februar 1916 bei einer Konferenz mit Erich Ludendorff dessen Plan zu einer Massenausweisung der Juden aus dem Gebiet des „Oberbefehlshabers Ost“ zu verhindern suchte (und hierin auch erfolgreich war).

Bei all diesen Unternehmungen, so unterschiedlich sie im einzelnen nach Umfang und Bedeutung gewesen sind, bildete der seit 1901 bestehende „Hilfsverein“ die institutionelle und materielle Basis. Zu dessen Gründung hatte Nathan den entscheidenden Anstoß gegeben, und ihm galt sein Wirken über zwanzig Jahre hinweg in erster Linie. Dieser Verein setzte sich, laut Satzung, „unter Ausschluß jeder gewinnbringenden Tätigkeit für die Mitglieder das humanitäre Ziel, die sittliche, geistige und wirtschaftliche Entwicklung der Glaubensgenossen“, „insbesondere der Glaubensgenossen im östlichen Europa und in Asien“, zu fördern. Der „Hilfsverein“ war maßgeblich daran beteiligt, dass Hunderttausenden bedrängter osteuropäischer, vornehmlich russischer Juden die Ausreise in den Westen, meist in die USA, gelang. Die entsprechenden Aktivitäten, ermöglicht durch zahlreiche Zuwender, darunter viele von erheblicher finanzieller Potenz, und dokumentiert in den jährlichen Geschäftsberichten, werden in allen Einzelheiten dargestellt. Die von Jahr genannten Daten – etwa zu dem in Palästina aufgebauten Netzwerk an Schulen und Kindergärten sowie Lehrerseminaren – können nur erstaunen. Tausende von Kindern und Jugendlichen besuchten diese Bildungseinrichtungen mit reformpädagogischen Zielsetzungen. Bewundernswert ist auch, dass Nathan sich durch die immer wieder sich einstellenden Konflikte, insbesondere um Errichtung und Ausgestaltung des Technikums in Haifa, nicht entmutigen ließ. Erst die zunehmende Dominanz der Zionistischen Weltorganisation führte dann schließlich Anfang 1920 zum Rückzug aus der organisatorischen Arbeit. Die letzten Jahre vor dem am 15. März 1927 in Berlin erfolgten Tod widmete Nathan dann hauptsächlich literarischen Arbeiten; 1926 erschien die abschließende aus einer Reihe von Schriften zum „Problem der Ostjuden“.

Jahr erweist sich durch die Rekonstruktion dieses außerordentlichen Lebensweges hindurch als umsichtiger Biograph. Zahlreiche Begleiter und Weggefährten treten plastisch in Erscheinung; sorgfältig werden auch die, wie angedeutet, nicht einfachen Aspekte des Persönlichkeitsbildes gezeichnet (einschließlich mancher „hyperpatriotischer“ Anwandlungen; S. 144). Nicht zu kurz kommt das publizistische Wirken; das Kapitel „Schreiben gegen den Antisemitismus“ steht nicht zufällig genau in der Mitte von Jahrs Schilderung. Auch der Befürworter einer republikanischen Neugestaltung des deutschen Staatswesens nach 1918, der verfassungspolitische Berater von Hugo Preuß und der Mitbegründer der DDP (die er im Oktober 1921 dann verließ, um sich der SPD anzuschließen) kommt mit zahlreichen, aus einer großen Menge zeitgenössischer Dokumente ermittelten Einzelheiten zur Geltung. Abschließende Erörterungen zum „Erbe“ und zur „Erinnerung“ geben dem Werk eine rezeptionsgeschichtliche Ausrichtung.

Christoph Jahr hat mit seinem Buch eine hervorragende Biographie im besten Sinne vorgelegt. Sie ist monographisch an ihrem Protagonisten orientiert und leuchtet dessen Leben und Wirken nach allen Seiten facettenreich aus. Dieser spezifische Zugriff ist berechtigt und angezeigt, nicht zuletzt, weil es um den Weg einer weithin nicht mehr bekannten Persönlichkeit geht. Doch ist für sie ein Preis zu entrichten. Den durch Materialreichtum und Faktenvielfalt, wie Jahr sie in wünschenswerter Ausführlichkeit bietet, nicht zu schreckenden Leser hätte hier und da eine noch stärkere Einbeziehung der von Nathan kritisch kommentierten Umfeldsituation nicht gestört. Und für einen anhangsweisen Abdruck des einen oder anderen programmatischen Leitartikels wäre in diesem insgesamt aber auch gestalterisch sehr gelungenen Band vielleicht doch noch Platz gewesen.

Berlin

Matthias Wolfes



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

Seite 2 von 2